

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Nazi-Räuberbande

Steigender Terror der SA

Listenverbindung SPD-Staatspartei

Prügelstrafe kommt wieder

Die Jagd nach dem holländischen Potemkin

Erdbeben in Baden

Ungern-Sternberg:

Der Fünf-Jahrplan der USSR

Hitler verkündet den Tod des Marxismus

Allerdings erst in 10 Jahren

Berlin, 8. Februar.

Der Reichskanzler Adolf Hitler empfing eine kleinere Anzahl von Vertretern deutscher Zeitungen und hielt dabei eine politische Ansprache, in der er dem Sinne nach im wesentlichen folgendes ausführte:

Es liege ihm fern, die Presse irgendwie knebeln zu wollen, aber wenn so viel von der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Presse gesprochen werde, so müsse nach seiner Ansicht auch die Presse nach ihrige dazu tun. Sie müsse sich vor allem davor hüten, ihr eigener Feind zu sein und Vorgänge oder Erscheinungen des politischen Lebens unzutreffend zu beurteilen. Die nationalsozialistische Presse sei im Laufe der letzten Jahre vielfach rigoros unterdrückt worden. Es liege ihm fern, Rache nehmen zu wollen, aber manche Blätter hätten sich von der Linie der objektiven Kritik, die in jedem Falle zu begrüßen sei, auf das Gebiet persönlicher Beleidigungen begeben. Das müsse abgewehrt werden.

Der Reichskanzler erinnerte daran, daß im vorigen Jahrhundert ein großer Teil der deutschen Presse lange Zeit hindurch bestimmte politische Strömungen und Persönlichkeiten falsch beurteilt habe. Die Presse habe damals nachträglich ihre Stellungnahme korrigieren müssen. Auch der nationalsozialistische Bewegung gegenüber sei lange Zeit hindurch eine falsche Beurteilung zu beobachten gewesen. Er bitte infolgedessen darum, daß man nicht von vornherein ein ablehnendes Urteil über die Tätigkeit der Nationalsozialisten fälle.

Er sei mit seiner Bewegung in sein jetziges Amt mit dem absolut festen Willen hineingegangen, sein Ziel unbedingt zu erreichen. Es gebe nichts, was ihn daran hindern könne,

und er könne sich, so betonte er mit erhobener Stimme, auch nichts vorstellen, was in das jetzige Regierungsbündnis eine Entzweiung hineintragen könnte. Er kenne kein anderes Ziel seines Lebens und werde das, was er für richtig halte, unbedingt durchführen, selbst wenn ganz Deutschland mit Steinen auf ihn werfen würde.

Negative Mehrheiten könnten in Deutschland natürlich leicht gebildet werden, aber er könne sich auf keiner Basis als der jetzigen eine Mehrheitsbildung für positive Ziele vorstellen.

Mit einer bestimmten Bewegung müsse in Deutschland allerdings Schluß gemacht werden, und in zehn Jahren werde es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.

Dann werde wieder eine Zeit der größeren Freiheit anbrechen, die sich auf die Presse erstrecken wird. Die Presse möge selbst dafür sorgen, daß inzwischen nur diejenigen getroffen würden, die unbedingt getroffen werden müßten.

Diese Ausführungen Hitlers zeigen zunächst mit begrüßenswerter Deutlichkeit den Sinn der neuen Pressenotverordnung. Was wir bereits in den letzten Nummern der „SAZ“ dargelegt haben, wird hier von Hitler ganz unumwunden zugegeben:

Die Maßnahmen zur Unterdrückung der Pressefreiheit sollen „nur diejenigen treffen, die unbedingt getroffen werden müssen“.

Das sind die Zeitungen, die „Vorgänge oder Erscheinungen politischen Lebens unzutreffend beurteilen“, das heißt, nicht so beurteilen, wie es den Wünschen der NSDAP und der Deutschen Nationalen entspricht. Es ist immerhin bemerkenswert, mit welcher zynischen Offenheit jetzt von höchsten Regierungsstellen her der parteipolitische Kampf mit allen Staatsmitteln geführt wird.

Noch interessanter sind andere Stellen der Hitlerschen Rede. Der Reichskanzler hat sich unter die Propheten begeben. Kürzlich wurde von ihm verkündet, daß es in vier Jahren keine Arbeitslosigkeit und keine Bauernnot mehr geben werde. Jetzt soll es, allerdings erst in zehn Jahren, in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.

Zehn Jahre hält also auch Hitler für notwendig, um den Marxismus den Garaus zu machen, der demnach doch noch recht lebendig zu sein scheint. Immerhin: in zehn Jahren will er dies Werk vollbracht haben. Wenn er sich nur nicht täuscht! Wohl ist es möglich, daß die faschistische Regierung mit schweren Schlägen gegen die Arbeiterbewegung vorgeht, und die Gefahren, die damit für das Proletariat verbunden sind, werden von uns ganz gewiß nicht unterschätzt. Aber

der Marxismus, die revolutionäre Arbeiterbewegung, der Klassenkampf der proletarischen Massen — das alles wird trotz Hitler und gegen Hitler lebendig bleiben und eines Tages triumphieren, wenn von der NSDAP und den anderen Stützen der bestehenden Gesellschaft nichts mehr übriggeblieben sein wird.

Hitler kennt weder die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung noch

die unerschöpflichen Kräfte der Kampfbereitschaft und des Opferwillens, die in den Herzen der revolutionären Proletarier Deutschlands leben.

Aus dieser Unkenntnis stammen seine Prophezeiungen. Heute wähnt er sich auf dem Gipfel der Macht — eines Tages, wenn der Marxismus seine ungebrochene Kraft offenbart, wird das Erwachen sehr grausam sein.

Listenverbindung SPD—Staatspartei!

Berlin, 8. Februar.

VDZ. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschloß am Mittwoch, für den Reichstag die bisherige Reichsliste, die von dem Parteivorsitzenden Otto Wels geführt wird, sowie für den preußischen Landtag die seitherige Landesliste, geführt vom Ministerpräsidenten Otto Braun, wieder aufzustellen.

Ferner stimmte er der Listenverbindung mit der Staatspartei für die Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag zu.

Schließlich stimmte der Parteiausschuß auch dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den für den 12. März in Aussicht genommenen Parteitag um vierzehn Tage, und zwar auf den 26. März zu verschieben. Tagungsort bleibt Frankfurt am Main.

Berlin, 8. Februar.

CNB. Nach parteiamtlicher Mitteilung wird die Deutsche Staatspartei in allen deutschen Wahlkreisen, ebenso wie in allen preußischen Wahlkreisen, mit eigenen Listen in den Wahlkampf eintreten. Zur Sicherung ihrer Stimmen wird sie ihre Reichs- und Landesliste auf den Reichs- und Landeswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands technisch einschalten. Beide Parteien stellen fest, daß es sich bei dieser Abmachung um eine rein technische Maßnahme handelt, die aber im Interesse der Republik geboten ist.

Dieser Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses ist charakteristisch genug! Als im vorigen Jahre von der SAP wiederholt Verbindung der Listen der Arbeiterparteien gefordert wurde, hat die sozialdemokratische Führung nicht im geringsten auf diesen Vorschlag reagiert. Schon damals hat sie, bei der hessischen Landtagswahl, die Listenverbindung mit der SAP abgelehnt, um statt dessen Listenverbindung mit der bürgerlichen Gruppe der hessischen Demokraten einzugehen. Jetzt verbündet sich die SPD offen mit der großkapitalistischen Staatspartei. Natürlich wird dabei betont, daß es sich um eine rein technische Maßnahme handle. Aber im Zusammenhang der gesamten sozialdemokratischen Politik, angesichts der auch heute noch in der sozialdemokratischen Führung vorhandenen Ablehnung der proletarischen Ein-

heitsfront ist dieser Beschluß des Bündnisses mit der Staatspartei mehr als ein technischer Vorgang: er ist ein politischer Akt von symbolischer Bedeutung.

Nazis als Räuberbande

Das gefährliche Material

Berlin, 8. Februar.

Auf das Verlagsbüro der Zeitschrift „Der deutsche Weg“, des Organs einer nationalsozialistischen Splittergruppe des früheren nationalsozialistischen Reichsredners Wilhelm Klute-Bürger, wurde gestern nachmittag ein schwerer Überfall verübt. Sieben junge Burschen, nach Angabe der Überfallenen handelt es sich um Nationalsozialisten, drangen in das Büro ein, hielten die dort Anwesenden mit Revolvern in Schach, schnitten die Telefonleitungen durch, fesselten die Angestellten und raubten eine Reihe von Schriftstücken. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Der Überfall ist nach dem Vorbild einer Tat verübt worden, bei der in der Nacht zum 15. Oktober vorigen Jahres bewaffnete SA-Leute das Büro der sogenannten „Deutschen Volksgemeinschaft“, die gleichfalls Klute nahestand, überfallen und aus dem Schreibtischen Prozeduralmaterial gegen Dr. Goebbels entwendet hatten. Gestern nachmittag gegen 3.30 Uhr läutete es im vierten Stockwerk des Hauses Chausseestraße 4, wo Klute zusammen mit anderen abgesplitterten Gruppen der NSDAP sein Büro unterhält. Es waren zu dieser Zeit in der Expedition der Zeitschrift vier Angestellte tätig. Als auf das Läuten geöffnet wurde, stürmten sieben junge Burschen, sämtlich mit Pistolen bewaffnet, in das Büro hinein und forderten die Anwesenden auf, die Hände zu erheben.

Wehrlos mußten sie zusehen, wie die Täter eine „Hausdurchsuchung“ vornahmen, sämtliche Schreibtische und Behälter öffneten, die Akten prüften und diejenigen, die ihnen wichtig erschienen, zusammenpackten.

Nach Angaben Klutes golt der gestrige Überfall belastendem Material, das der ehemalige Nachrichtendienstleiter Berlin der NSDAP dem „Deutschen Weg“ übergeben hatte. Man habe das Material jedoch an anderer Stelle aufbewahrt.

Die SPD-Führung bleibt unbelehrbar

Berlin, 8. Februar.

Die Lustgarten-Kundgebung der Berliner SPD am Dienstag war ein Ausdruck für die durch die Bildung der Hitler-Hugenberg-Seldte und den wachsenden faschistischen Terror geschaffene Massenenergie. Gewaltige Arbeitermassen füllten den Lustgarten und die angrenzenden Straßen, da sich der Lustgarten als vollständig unzureichend erwies, die gewaltigen Massen zu fassen, die dem Ruf zur Demonstration gefolgt waren. Auch zahlreiche kommunistische Arbeiter sah man unter den Demonstranten auf dem Lustgarten, die damit ihren Willen zum gemeinsamen Kampf bekundeten.

In einem traugenen Gegensatz zu dem prächtigen Kampfwillen der Berliner Arbeitermassen, die in dieser gewaltigen Massenkundgebung zum Ausdruck kam, stand das Versagen der sozialdemokratischen Führung. Sie wußte diesen Massen nichts zu sagen, sie gab ihnen nichts, was sie packen und mitreißen konnte. Sie gab ihnen keinen Ausweg. Schon die Art, wie Künstler in seinen einleitenden Worten der von den Faschisten Gemeuchelten gedachte, entsprach nicht dem, was die Stunde erforderte. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden von den Faschisten niedergeschossen und niedergestochen. Diese Tatsache hatte im Mittelpunkt der Gedenkworte stehen und in einen zündenden Appell zur gemeinsamen Abwehr dieses Terrors ausgenutzt werden müssen. Statt dessen begnügte sich Künstler damit, mit Ausnahme der kommunistischen Gastwirthin aus Friedenau nur der Toten der SPD und des Reichsdichters zu gedenken und zum Gedenken dieser Toten eine halbe Minute schweigender Trauer eintreten zu lassen.

Die Ansprache von Otto Wels aber war eine Katastrophe. Es war die Rede eines guten Staatsbürgers, der es sich in dieser Lage angelegen sein ließ, darauf hinzuweisen, daß die SPD-Führung alles getan hat, die bürgerliche Ordnung zu retten. Anknüpfend an das Wort Hitlers von den „Novemberverrückten“ betonte Wels, daß die SPD im November 1918 einen Trümmerhaufen vorgefunden hätte und daß es ihr Verdienst und ihr Werk sei, daß Wirtschaft und Gesellschaft wieder aufgebaut worden seien und wir müssen sagen, wir können hier Wels nicht widersprechen. Ohne die verhängnisvolle Politik der Wels, Scheidemann, Landsberg und Ebert in den Tagen nach dem 9. November 1918 wäre allerdings von der heutigen „Ordnung“ kein Stein mehr auf dem anderen und weder Herr Hitler, noch Papen, noch Herr Hugenberg würden regieren können.

Dieser konterrevolutionäre Stolz auf die von der SPD-Führung hergestellte „Ruhe und Ordnung“ zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Rede von Wels. Er erklärte den Erfolg Papens in Lausanne für das Ergebnis der von der SPD eingeleiteten Außenpolitik. Er wies mit Stolz auf das Wort des Stahlhelmführers Düsterberg hin, der erklärt habe, daß auch im Lager der SPD Hunderttausende ständen, die im Kriege vor dem Feinde getreulich ihre Pflicht erfüllt haben. Das heißt, er bekannte sich auch heute, auch in dieser Lage, wo der Nationalismus in Deutschland an die Macht gelangt ist, noch zu der Verteidigung des wilhelminischen Vaterlandes, dieser tiefsten Schande der Arbeiterklasse, die erst den Nationalismus stark werden ließ.

Und welchen Trost wußte Wels den Arbeitern zu geben? Am 5. März erfüllt sich wieder einmal das Schicksal der Gesellschaft. Am 5. März werden die Arbeiter Gelegenheit haben, den Hitler-Hugenberg und Papen ihren Willen entgegenzusetzen. Zu den reaktionären Maßnahmen der herrschenden Klasse wußte er den billigen Trost: „Gestrenge Herren regieren nicht lange.“ Ein solcher Trost ist geradezu verbrecherisch. Wenn sich die sozialdemokratischen Arbeitermassen darauf verlassen wollten, daß die „gestrengen Herren“ von selber ab-

wirtschaften würden, dann wären sie verloren.

Zur Frage der proletarischen Einheitsfront dagegen wählte Wels nichts Konkretes zu sagen. Zu diesem Punkte sagte er weit weniger, als vor ihm andere sozialdemokratische Führer zu dieser Frage zu sagen hatten. Der verschwommene Ruf: „Seid einig“ ist ein sehr mauerer Ersatz für das, was Wels hier versäumte. Dabei bewies gerade der Abschluß der Kundgebung, wie notwendig die proletarische Einheitsfront ist. Wels sah sich gezwungen, die Teilnehmer der Kundgebung aufzufordern, einzeln nach Hause zu gehen, weil die Polizei den geschlossenen Abmarsch verboten hatte.

Dieses Verbot war selbst von polizeilichen Standpunkt aus eine Ungehörlichkeit. Wenn Zehntausende im Lustgarten zusammenströmen, dann vollzieht sich der Abzug der zusammengedrängten Massen am leichtesten, wenn er geschildert ist. Wird aber das geregelte Abströmen unmöglich gemacht, so bedarf es nur eines verhältnismäßig geringen Anlasses, um zahllose Zusammenstöße von geradezu unbeschreiblichen Ausmaßen herbeizuführen. Wenn die Reaktion eine solche Herausforderung wagt, dann beweist das, wie notwendig die Einheitsfront des Proletariats ist.

Um für diesen Gedanken zu wirken, hatten sich auch diesmal SAP, der SJV und SSB geschlossen an der Demonstration beteiligt. Die Genossen und Genossinnen waren wiederum zur Stelle, um unter den Fahnen der SAP, des SJV und des SSB in einem stätlichen Zuge an der Demonstration und Kundgebung teilzunehmen. Der im Sprechchor ausgesprochene Ruf: „SPD, KPD und SAP müssen gemeinsam marschieren!“ fand lebhaften Widerhall. Im Lustgarten versuchten einige Unentwegte dabei hinzuzufügen: „In der eisernen Front!“, aber der überwiegende Teil der umstehenden SPD-Anhänger lehnte das ab und schämte zu, als gerufen wurde: „In der proletarischen Einheitsfront!“

Nach dem unbefriedigenden Referat von Wels fanden die Argumente der SAP noch lebhafteren Widerhall als zuvor. Das zeigte, daß unser Wirken, so klein auch unsere Zahl ist, notwendig und erfolgreich ist. Gerade das Beispiel dieser Berliner Demonstration beweist erneut die Notwendigkeit dieses unseres Wirkens, wo die reformistischen Führer ihren kampfgewilligen Anhänger-massen keinerlei Ausweg zu zeigen wissen.

Zur Lustgardendemonstration der „Eisernen Front“ hatte, wie wir erfahren, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler von der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg den Auftrag erhalten, an die versammelten Demonstranten eine Erklärung der Kommunisten zu der Frage der Einheitsfront abzugeben. In der Erklärung wird u. a. mit Bezug auf die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg gesagt:

„Alles steht im das Proletariat auf dem Spiel, alles können wir in diesen Tagen gewinnen, aber auch vieles verlieren. Sozialdemokratische Klassengenossen, Kameraden des Reichsbanners und der Eisernen Front! Wir müssen deshalb sofort die Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf schließen. Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, um Lohu und Brot.“

Der Abgeordnete Torgler kam allerdings nicht dazu, diese Erklärung von der Rednertribüne aus abzugeben, da dies Wels und Künstler zu verhindern wußten.

Rundfunk in Nazi-Diensten

Berlin, 8. Februar.

CNB. Wie aus Kreisen des Reichsinnenministeriums verlautet, gelten bei den kommenden Wahlen für den Rundfunk dieselben Richtlinien, die bisher angewandt worden sind, wonach die Benutzung des Rundfunks für und von Parteien ausgeschlossen ist. Dabei ist es selbstverständlich, daß im politischen Leben stehende Persönlichkeiten über staatspolitische und wissenschaftliche Fragen sprechen.

Diese Meldung wird vom Conti-Nachrichten-Büro unter der Überschrift „Kein Wahlkampf im Rundfunk“ verbreitet. Dabei wird tatsächlich der Rundfunk im weitesten Maße, allerdings natürlich ganz einseitig, in den Wahlkampf eingeschaltet werden. So wird bereits gemeldet, daß allein Hitler während des Wahlkampfes zehnmal im Rundfunk sprechen wird. Die anderen nationalsozialistischen und deutschen nationalen Minister werden es sich bestimmt auch nicht nehmen lassen und das sonstige Rundfunkprogramm wird das Uebrige tun. Trotzdem meinen wir, daß diese Ueberfüttelung mit den hohlen und widerspruchsvollen Phrasen des Nationalismus sehr leicht dazu führen kann, daß mancher zum Nachdenken gebracht wird und den wahren Charakter dieser verlogenen Bewegung erkennt.

Gandhis Frau verurteilt

Bombay, 8. Februar.

Das Polizeigericht in Borsad verurteilte Frau Gandhi, die Gattin des Mahatma, wegen Nichtbefolgung der Gesetze und Nichtzahlung der Steuern zu sechs Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien bzw. im Nichtbeibringensfälle zu weiteren sechs Wochen Gefängnis.

Prügelerlaß für die preußischen Volksschulen

Der kommissarische Leiter des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Prof. Kaehler, war für die faschistische Kulturreaktion eine Niete. Die Reaktionen sprechen jetzt offen aus, daß er ihren Wünschen hinsichtlich der schnellen Faschisierung der Volksschule nicht genügend Rechnung getragen hat. Er mußte gehen, um einem „Tüchtigeren“, dem Nazi-Studienrat Rust, den Platz freizumachen.

Von seinem Abgang hat Kaehler noch rasch versucht, das Versäumnis nachzuholen. In drei Erlassen beschließt er sich mit der Schulzucht und den Erziehungsmitteln, mit der Auswahl und mit den Befugnissen der Schulleiter. Zu Rektoren an preussischen Volksschulen sollen in Zukunft nur „alte, gereifte“ Lehrer ernannt werden. Diesen reaktionären Rektoren werden weitgehende Aufsichts-befugnisse gegenüber den Lehrern eingeräumt. Sie werden berechtigt und verpflichtet, die Tätigkeit der Lehrer in ihren Klassen zu kontrollieren, evtl. sich durch Prüfungen von dem Stand der Klassen zu überzeugen.

Das Recht der Prügelstrafe war in Preußen bisher durch einige geringfügige Hemmungen eingeschränkt worden. So durften Mädchen überhaupt nicht und Knaben in den ersten beiden Schuljahren nicht körperlich gezeichnet werden. An der Mehrzahl der Schulen standen diese Bestimmungen auf dem Papier. Aber dennoch waren sie den Prügelpädagogen und Kulturreaktionären ein Stein des Anstoßes. So mußten sie folgen. Der Erlaß sagt darüber folgendes:

„Ein Erlaß aus dem Jahre 1928 bezweckte, die Strafe der körperlichen Züchtigung nach Möglichkeit aus der Erziehungsarbeit der Schule auszuschalten. Daß dies geschehe, ist ernstlich zu wünschen. Es liegt aber nicht in der Absicht des Erlasses, den Lehrern der persönlichen Entscheidung und Verantwortung zu entheben. Dem in pädagogischem Ernst und innerer Pflichttreue arbeitenden Lehrer soll auch die Gewißheit, bei seiner vorgesetzten Behörde den für die Wahrung seiner Autorität notwendigen Schutz zu finden, nicht genommen werden.“

Die Schulaufsichtsbehörde wird daher sorgsam zu prüfen haben, ob oder wie weit der Lehrer bei der Wahl der von ihm angewendeten Erziehungsmittel aus allgemeiner gewissenhafter pädagogischer Haltung gehandelt oder ob er etwa bei Anwendung der körperlichen Züchtigung sich grundsätzlich in Widerspruch zu der Absicht des Erlasses vom 29. März 1928 gesetzt hat. Auch in den Fällen, in denen sich herausstellt, daß der Lehrer sich in seinen erzieherischen Maßnahmen in dieser Richtung vergriffen hat, würde es nicht den Absichten und Wün-

schon des Ministeriums entsprechen, wenn die Schulaufsichtsbehörden in der Verhängung der im Erlaß genannten disziplinarischen Maßnahmen das regelmäßig anwendbare Mittel zur Erreichung des Ziels des Erlasses sehen würden.“

Das ist zwar dem Worte nach noch keine Aufforderung zum Prügeln. Wie der Sinn dieses Erlasses zu verstehen ist, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Jeder reaktionäre Lehrer wird selbstverständlich aus „allgemeiner, gewissenhafter, pädagogischer Haltung“ den Rohstock schwingen!

Gegen fortschrittliche Lehrer und gegen das proletarische Kind in gleicher Weise richtet sich die Schulreaktion. Diese Maßnahmen des wegen seiner „Schlappheit“ sogar noch davongejagten Rektionärs Kaehler zeigen uns, was wir in der nächsten Zeit im preussischen Schulwesen zu erwarten haben.

15 000 marschieren in Frankfurt a. M.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Frankfurt a. M., 8. Februar.

Auch in Frankfurt beteiligte sich, ebenso wie in Berlin, die SAP nicht nur an der Demonstration der KPD, sondern auch an der der SPD, um damit in der Praxis für die Einheitsfront zu demonstrieren. Schon bevor wir uns zum Zuge formierten, wandte die Polizei ihre besondere Aufmerksamkeit uns zu.

Zwei Transparente wurden beschlagnahmt, darunter eins, auf dem nur drei Buchstaben standen, nämlich: SAP.

In der achten Abendstunde fällt sich das Halbrot des Römerberges mit den demonstrierenden Massen. Eine Schulmuskapelle der KPD, wenn auch ohne Abzeichen, marschiert auf und immer von neuem treffen Abteilungen der Eisernen Front, der Gewerkschaften und der Sportorganisationen ein, darunter immer wieder auch kommunistische Genossen.

In langem Zuge marschiert, das Trommlerkorps voran, die SAP auf.

Rechts neben uns stehen Abteilungen des Reichsbanners und hinter uns füllen kommunistische Genossen die Lücken.

Während so in der Demonstration gegen den Hitler-Faschismus Angehörige aller proletarischen Parteien vereint sind, tönt durch den Lautsprecher die Begrüßungsrede, die ausdrücklich betont, daß diese

Das Abrüstungsgerede — nähert sich dem negativen Ende

Die Telegraphenbüros veröffentlichen seitenslange Berichte über eine neue Rede, die der französische Vertreter Boncour auf der Genfer „Abrüstungs“-Konferenz über den sogenannten französischen Konstruktivplan gehalten hat. Aber auch die Rede Boncour ändert nichts an der Tatsache, daß der französische Plan, der ganz auf die imperialistischen Interessen Frankreichs zugeschnitten ist, von den anderen imperialistischen Räufern abgelehnt wird. Sie haben unter Führung Englands dem französischen einen sogenannten Fünfmächteplan entgegengesetzt, der die „theoretische“ Gleichberechtigung Deutschlands enthält, aber in Wirklichkeit alles beim alten läßt.

Das Ende der „Abrüstungs“-Konferenz wird eine allgemeine Aufrüstung sein. Die kapitalistischen Widersprüche und Gegensätze sind eben nicht überbrückbar.

Dublin, 8. Februar.

De Valera wird außer seinem Amt als Ministerpräsident auch das des Außenministers des irischen Freistaates übernehmen. Der Landtag vertagte sich auf den 1. März.

Kundgebung unter dem Zeichen der drei Pfeile“ stände, daß nur der Ruf „Freiheit“ gelte. Durch die Massen ging eine dumpfe Erregung. Besonders auch unter den Reichsbannerkameraden wurde lauter Widerspruch hörbar. Die Rede des Reichsbannerführers Arndt aus Wiesbaden war nicht viel erfreulicher. Immer wieder sprach er vom Vaterland für das die Arbeiterschaft so große Opfer gebracht habe, nur zum Schluß schlug er einige radikale Töne an, wie das jetzt so Sitte ist. Am Ende der Kundgebung

wurden die Funktionäre der Eisernen Front angewiesen, auf jeden Fall zu verhindern, daß sich „Elemente“ in die Reihen der Eisernen Front hineindrängen — damit meinte er die kommunistischen Genossen.

In der Stimmung des Aufmarsches selbst zeigte sich, daß die Massen sich, gleich welcher Partei sie angehören, über das Gebot der Stunde einig sind. Die SAP wird gerade hier in Frankfurt, wo die Organisationen der verschiedenen Parteien noch nicht wie in anderen Städten aufgelockert sind, mit noch stärkerer Initiative und größerem Elan arbeiten müssen, wenn nicht in Frankfurt die Einheitsfrontbewegung hinter der anderer Städte und Gebiete zurückbleiben soll. — Blicke noch zu erwählen.

daß die Polizei sich beim Aufmarsch sehr einseitig zeigte.

Die Reihen der SAP waren fast dauernd von zwei Schupoautos begleitet und standen unter deren erhöhter Beobachtung. Einmal, auf der Zeil, als scheinbar der kommunistische Schupo-Offizier uns für Kommunisten hielt, mußten die Schupobeamten vom Wagen runter und unser Zug wurde auseinandergesprengt. Als aber auf dem Kaiserplatz und schon vorher die Nazis provozierten, Schimpfworte wie „Ihr Huren“ den demonstrierenden Frauen entgegenwarfen, da wies die Schupo nicht dieselbe Energie auf. Ein guter Anschauungsunterricht für die „staatserkhaltende“ SPD. Und da haben wir noch in Frankfurt unseren sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Steinberg! — Erfreulich festzustellen, daß auch die „Volksstimme“ die Einsatztätigkeit der Polizei richtig und objektiv darstellt.

Neue Polizei-Aktionen gegen Kommunisten

Hamborn, 8. Februar.

In den gestrigen späten Abendstunden wurden von der Polizei zwei kommunistische Schlupfwinkel (was mag sich WTB darunter vorstellen? Die Red.) ausgehoben. 27 Kommunisten wurden festgenommen, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder entlassen.

Münster 8. Februar.

Die Polizei teilt mit: In den letzten Tagen sind in verschiedenen Vierteln mehrfach Personen überfallen worden. Um weiteren Überfällen vorzubeugen, unternahm die Polizei in der vergangenen Nacht eine Razzia, bei der die betreffenden Straßen abgeriegelt und die in Frage kommenden Schlupfwinkel planmäßig abgesucht wurden. Mehrere Personen wurden festgenommen, das von einer wegen Verdachts des Landfriedensbruchs in Haft behalten. Außerdem wurde eine Anzahl von besonders hergerichteten Schlagwerkzeugen gefunden.

(Dieser Polizeibericht sagt nicht, gegen wen die Razzia gerichtet war. Aber das Wolff-Büro überschreibt die Meldung: „Polizeiliche Razzia gegen Kommunisten“ Gegen wen sollte denn auch sonst die Polizei vorgehen? Die Red.)

Das tägliche Zeitungsverbot

Chemnitz, 8. Februar.

Das kommunistische Blatt „Der Kampf“, sowie die im gleichen Verlag erscheinende Tageszeitung „Das Echo“ sind heute mit sofortiger Wirkung bis einschließlich Dienstag, den 14. Februar, verboten worden.

Steigender Nazi-Blut-Terror

Königsberg, 9. Februar.

Nach einer Versammlung im Gewerkschaftshaus kam es zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß, bei dem fünf Personen, davon drei Reichsbannerleute, schwer verletzt wurden.

Braunschweig, 9. Februar.

In einer Massenkundgebung der Sozialdemokratischen Partei im Konzerthaus provozierten zahlreiche anwesende Nationalsozialisten eine regelrechte Saal-schlacht, in der sie mit Stühlen, Biergläsern, Tischbeinen auf das Reichsbanner einschlugen. Nach Auflösung der Versammlung durch die Polizei setzten sie die Schlägerei auf der Straße fort. Ob durch dabei abgegebene Schüsse auch Personen verletzt wurden, konnte der Polizeibericht bis zur Stunde noch nicht feststellen.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch überfielen etwa 50 SA-Leute aus Goslar und Umgebung das Landesschulheim in Wolfshagen a. Harz, das dem weltlichen Elternbund Braunschweigs gehört und in dem etwa 120 Reichsbannerleute untergebracht sind. Die Nazis zerschlugen sämtliche Fensterscheiben und Fensterkreuze; vor Beginn des Angriffs zerschritten sie die Telefonleitung, so daß der Heimleiter die Landrangeri zum Schutz des Hauses nicht herbeirufen konnte. Die Reichsbannerleute konnten das Wohngebäude nicht verlassen, da es von den Nazis, die nach vollbrachter Tat wieder abzogen, unter Feuer gehalten wurde.

Gladbach-Rheydt, 8. Februar.

Der Arbeiter Wilhelm Esser wurde in der vergangenen Nacht in Neuwirk, Siedlung Engelbeck mit einem Brustschuß tot aufgefunden. Alle Anzeichen deuten auf einen Nazimord hin, da Esser vor einigen Wochen von der SA zur KPD übergetreten sein soll.

Berlin, 9. Februar.

In der Cauerstraße in Charlottenburg wurden von der Polizei nach einem Zusammenstoß zwischen Nazis und politisch Linksgerechtfertigten zwei Schwerverletzte aufgefunden. Der 21-jährige Handlungsgehilfe

Gerhard Fox (schwerer Rückensteckschub) und der 22-jährige Arbeiter Albert Stäge (Beinschub). Beide stehen der KPD nahe. — Festnahmen sind bisher nicht erfolgt.

Am Dienstag überfielen Nationalsozialisten in Spandau kommunistische Flugblattverleiher und verletzten fünf von ihnen schwer durch Messerstiche; die Polizei nahm sieben Nationalsozialisten fest.

In Wilmersdorf eröffneten Nationalsozialisten am Mittwochabend ein regelrechtes Feuer auf Kommunisten. Zwei Männer wurden nicht unerheblich durch Armschüsse und ein junges Mädchen durch einen Lungensteckschub verletzt.

Wann läßt man sie wieder laufen?

Berlin, 8. Februar.

CNB. Wegen des Feuerüberfalles in der Nacht vom 5. zum 6. Februar auf das kommunistische Verkehrslokal „Pappschachtel“ in Friedenau, bei dem die Inhaberin des Lokals tödlich verletzt wurde, sind dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidenten heute 16 Nationalsozialisten vorgeführt worden. Gegen 15 ist Haftbefehl wegen Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz erlassen worden. Ein Vorgeführter, der der Begünstigung verdächtig erscheint, ist mangels Fluchtverdacht auf freien Fuß gesetzt. Bisher konnte noch nicht ermittelt werden, wer den tödlichen Schuß abgegeben hat.

Scheußliche Nazi-Bluttat eingestanden

Harburg-Wilhelmsburg, 8. Februar.

WTB. Die Tötung des 27-jährigen Arbeiters Martin Leuscher ist durch das Geständnis eines gewissen Bornemann, eines der drei nach der Tat verhafteten Nationalsozialisten, geklärt worden. Bornemann gibt zu, mehrmals geschossen zu haben. Durch die Schüsse wurden, wie gemeldet, Leuscher getötet, ein zweiter Arbeiter erheblich verletzt. Bornemann will angegriffen und durch Bedrohungen durch Kommunisten erregt gewesen sein.

Das proletarische Kind in der Krise

Es sind ja nur Kinder der Proleten!

Erschreckend ist die Lage der Schulkinder. Nach den neuesten Berichten der Regierungspräsidenten ist eine enorme Steigerung der Tuberkulose bei den Schulkindern zu registrieren. Alarmberichte kommen aus Berlin und 5 Kreisen der Bezirke Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf. Man berichtet von entsetzender Zunahme der Unternahrung, Entwicklungsstörungen, Blutorat, Skrofule, Verwundung, Verwundung, Schmutzkrankheiten, Gebisschäden und Nervosität. 28,5 Prozent der untersuchten Kinder litten an Zahnkrankheit. Schon im Jahre 1923 trachtete der Gesundheitszustand der Düsseldorfer Fortbildungsschüler über den Rahmen der lokalen Bedeutung hinaus. Nach der damaligen Meldung waren von:

3110 Fortbildungsschüler Düsseldorfs
71,50 Prozent tödlich erkrankt,
25,27 Prozent zurückgeblieben,
2,29 ohne Fehler.

Dieses Bild hat sich immer mehr verschlechtert. Das Material wird immer grübler. In den Duisburger Volksschulen münzte man in diesem Jahre an der Bekleidung der Kinder feststellen, wie weit die Verelendung der Arbeiterklasse fortgeschritten ist. 13 Prozent der Kinder haben nur ein Hemd, 38 Prozent nur 2 Hemden, 38 Prozent haben in diesem Winter nicht einen Fetzen Unterzeug am Leibe gehabt, nur ein Paar Strümpfe haben 21 Prozent, 2 Paar Strümpfe 12 Prozent. Nur einen Anzug oder ein Kleid haben 36 Prozent, zum Teil sind diese Kleidungsstücke noch kaum zu tragen.

11 Kinder haben überhaupt keine Schuhe, sie sind diesen Winter barfuß zur Schule gegangen.

nur ein Paar Schuhe, zum Teil schon aufgetragen, haben 68 Prozent.

Die Herne Volksschulen berichten dasselbe und können den Bericht Duisburg noch verschärfen. 1500 Herne Kinder haben keine Schuhe, haben so mangelnde Kleidung, daß sie die Schule überhaupt nicht besuchen können. Hilfe von der Stadt kann nicht geleistet werden. Die städtische Bekleidungsstelle, die an Unterstützungsempfänger Bekleidungsstücke zu verbilligten Preisen abgab, wurde schon vor einem Jahr wegen Geldmangel geschlossen. Um die Not zu lindern, wandte sich die Stadt Herne in einem Aufruf an die breite Öffentlichkeit. Wir wissen, daß man damit die Not nicht lindern kann, wir wissen, daß alle Städte des Ruhrgebietes und in anderen Gegenden Deutschlands ein gleiches Bild aufzuweisen haben. Wer über Essen wahrheitsgemäß unterrichtet sein will, der muß einmal die alte Barackensiedlung der Kruppischen Fabrik besichtigen, der muß einmal mit den Bewohnern dieser Elendsquartiere gesprochen haben. Dem Fremden zeigt man nur die Margaretenhöhe, um die soziale Gesinnung der Familie Krupp zu beweisen. Man sollte ihnen lieber den Schandfleck des Kruppischen Werkes zeigen. Es gibt noch mehr solcher Dokumente der christlich-kapitalistischen Kultur. Ob es Essen, Buer, Wuppertal oder der Dortmunder Norden ist, diese ausgesprochenen Proletariatsviertel zeigen uns ungeheuerliches Elend. In Dortmund demonstrierten zwei Tage vor Weihnachten zwei Trupps Kinder, in einer Zahl von je 20 bis 30, die Internationale singend. Hungerrufe wurden laut. Im Polizeibericht darüber heißt es, nachdem die Polizei die Kinder zum Norden abgestellt hatte, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Warum gehen Arbeiterkinder auf die Straße? Warum kann man sie dazu bewegen? Breslau demonstriert es

una in Zahlen vor und dieses Zahlenmaterial, das mit Absicht aus dem Jahre 1927 gewählt wurde, ist der Hintergrund der Dortmunder Kinderdemonstration. Im Jahre 1927 hatten wir noch nicht die Millionen von Arbeitslosen und trotzdem mußten auf eine Rundfrage hin die Breslauer Volksschulen grauenhaftes Material der breiten Öffentlichkeit übergeben. Die Rundfrage erstreckte sich auf 66.555 Kinder und ergab folgendes Resultat:

Kein Frühstück (Morgenkaffee) 2.898 Kinder
Kein Butterbrot zur Schule 5.411 Kinder
Kein Mittagessen hatten 1.233 Kinder
Nur ein Paar Schuhe 16.984 Kinder
Nur ein Hemd 2.518 Kinder

Nicht zur Schule kamen wegen Kleidermangel 3.661 Kinder
wegen Nahrungsmangel 740 Kinder

Was würden heute bei einer Rundfrage die Breslauer Volksschulen für Material herausgeben? Nehmen wir die Denkschrift Preußens über den Gesundheitszustand der Volksschüler zur Hand, dann lesen wir, daß knapp ein Viertel der preussischen Volksschüler untersucht wurden; dabei stellte sich heraus, daß

530.000 Schulkinder Preußens unterernährt waren.

Vorsichtig, wie man es von den Regierungen in Deutschland in dieser Beziehung gewohnt ist, gibt Preußen nur das Material vom Jahre 1929 und 1930 heraus. Aber von 1930 bis 1932 hat man in großem Umfang den Abbau der Schulhygiene durchgeführt. Bisher kamen auf 10.000 Kinder ein Schularzt, doch das war noch zuviel. Nach den jetzt vorliegenden Berichten sind bereits 63 Schulärzte abgebaut worden und in 33 Kreisen ist die schulärztliche Fürsorge vollkommen eingestellt, in weiteren 51 Kreisen dahin ein-

geschränkt worden, daß nur noch einige Lehrgänge der Schulkinder schulärztlich untersucht werden. Röntgenuntersuchungen tuberkuloseverdächtiger Schulkinder können nur in beschränktem Umfang durchgeführt werden. Genau so rücksichtslos wird der Abbau der Schulspeisungen durchgeführt.

Die Schulspeisungen mußten in 8 Kreisen ganz aufhören, in 3 Kreisen wurden sie eingeschränkt. Die Zuschüsse für Kinderspeisung wurden von 720.000 auf 250.000, für Schulgesundheitspflege von 618.000 auf 150.000 RM gekürzt. Die Mittel für die Krüppelfürsorge wurden gänzlich gestrichen, für Seuchenbekämpfung von 500.000 auf 275.000 RM gekürzt, für Bekämpfung der Tuberkulose von 780.000 auf 150.000 RM. Wenn man gegenüberstellt, daß man, als die Summe für die Kinderspeisung gekürzt wurde, gleichzeitig 488.000 RM aussetzte für ein Ehrenmal der Kriegesgefallenen, das einmal Unter den Linden setzen soll, und weiter dann denkt, daß der preussische Staat aber an die Rennvereine immer noch 6,4 Millionen an Unterstützung zahlt, während Millionen Kinder nach Angaben derselben Regierung gesundheitlich zugrunde gehen, so kommt damit die Ungeheuerlichkeit des Abbaues der Kinderspeisung erst recht zum Ausdruck.

Nehmen wir kurz noch ein Kapitel, und zwar die Kinderarbeit der Schulpflichtigen. Im Jahre 1925 wurde auf Grund der Berufszählung festgestellt, daß insgesamt von 9.250.000 Schulkindern 2.100.000 in Lohnbeschäftigung waren, das sind 23 Prozent aller Volksschulkinder. Hinter diesen nackten Zahlen des Jahres 1925 liegt unfauberes Kindereleid.

In allen kapitalistischen Staaten wütet die Krise. In allen kapitalistischen Staaten hungern, frieren, sind obdachlos Männer, Frauen und Kinder des Proletariats. In allen Fällen

leiden gerade die Arbeiterkinder besonders schwer. Das proletarische Kind hungert in Amerika, in Java, in Italien, in Frankreich, in England, in Deutschland Millionen hungende Proletarinder klagen an: Verlangen Brot, Licht und Sonne. Nicht durch Aufrufe an die breite Öffentlichkeit, nicht durch Briefe an die einzelnen Regierungen, wie es der Bund der Kinderreichen seit Jahren erfolglos tut, ändern wir etwas an der Plandbilanz, sondern durch die revolutionäre Tat. Solange wie diese Gesellschaftsordnung besteht, solange wird es für unsere Kinder Hunger geben. Rosa Luxemburg schrieb im Jahre 1903 zu der Annahme des Kinderschutzgesetzes in Deutschland:

„Wenn einmal die Akten über die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschlossen, alle diese Verbrechen aber offen vor aller Augen liegen und des endgültigen Urteils einer späteren Menschheit harren werden, wir glauben, am schwersten werden unter diesen Verbrechen vor dem Anflitz der Urteilsfinderin Geschichte die Mißhandlungen der proletarischen Kinder wiegen. Die Aussaugung der Lebensäfte aus diesen wahllosen Geschöpfen, die Vernichtung der Lebensfreude gleich an der Schwelle des Lebens, die Verzehrung der Saat der Menschheit schon auf den Hulmen, das ist mehr als alles, was die furchtbare Herrschaft des Kapitalismus in der Gegenwart sündigt. Das sind auch noch Eingriffe mit mörderischer Hand in die Zukunft.“

Mit diesen Worten hat Rosa Luxemburg in aller Schärfe die gegenwärtigen Zustände gekennzeichnet. Millionen proletarisches Kinder fallen dem sterbenden Kapitalismus zum Opfer. Millionenfach wird die Lebenskraft des Arbeiterkinds vernichtet. Wir wollen nicht länger diese Verbrechen dulden. Die brutalen Tatsachen zwingen uns, den Weg der revolutionären Tat zu beschreiten. Tragen wir Sorge dafür, daß das gesamte Proletariat auf die Stunde der endgültigen Abrechnung vorbereitet ist. M. D.

Aus aller Welt

250 Tote in 6 Tagen Hunger und Grippe wüten

Wuppertal, 8. Februar.

CNB. Vom 30. Januar bis 4. Februar sind in Groß-Wuppertal 250 Sterbefälle verzeichnet worden, eine erschreckend hohe Zahl, da die normale Sterblichkeitsziffer für diesen Zeitraum nur etwa 70 beträgt. In den meisten Fällen wurde Grippe als Todesursache festgestellt.

Vier Tote bei Flugzeugabsturz

London, 8. Februar.

WTB. Bei Salisbury stürzte heute ein Militärflugzeug aus noch ungeklärter Ursache ab. Vier Personen wurden getötet.

Hotelbrand

Tisdale (Saskatchewan), 8. Februar.

WTB. Bei einem Brande des Imperial-Hotels sind fünf Personen ums Leben gekommen. Zahlreiche Personen wurden zudem schwer verletzt, und man befürchtet, daß sich die Zahl der Opfer noch bedeutend erhöhen wird.

290 Kilometer . . . Geschwindigkeitrekord eines UdSSR Flugzeuges

Moskau, 7. Februar.

Ein sowjetrussisches Passagierflugzeug hat den Geschwindigkeitrekord für Europa aufgestellt. Das Flugzeug „Chai I“, das von Studenten aus sowjetischen Materialien gebaut wurde und bemotort ist, sieben Passagiere zu befördern, erreichte bei einem Probeflug eine Stundengeschwindigkeit von 290 Kilometern.

Brückeneinsturz infolge Eisganges

Wien, 7. Februar.

WTB. Infolge des durch das plötzliche Tauwetter auf der Donau entstandenen Eisganges ist eine große Pontonbrücke, die seit etwa fünfzig Jahren den gesamten Fußgänger- und Fahrverkehr von Melk nach dem nördlichen Donauufer vermittelte, heute in früher Morgenstunden mit großem Krachen eingestürzt. Eine Pionierabteilung ist mit Einrichtung eines Notverkehrs beschäftigt, der aber erst in etwa einer Woche fertig gestellt werden dürfte.

Entdeckung einer neuen Sphinx

Kairo, 7. Februar.

Professor Selim Hassan hat bei der zweiten Pyramide eine neue Sphinx entdeckt. Wie verlautet, sollen auch zwölf altägyptische Königsgräber gefunden worden sein.

Zunahme der Grippe in Berlin

In Berlin ist die Grippewelle immer noch im Steigen begriffen. So verzeichnete man am Dienstag 938 Neuzugänge zu den Krankenhäusern.

Am Mittwoch wurden auf Anordnung der zuständigen Kreisärzte 48 neue einzelne Klassen geschlossen.

Wieder ein Arzt wegen § 218 vor Gericht

Vor einem Amtsgericht in Berlin begann ein Prozeß gegen Dr. Albrecht Mayenberg, dem fahrlässige Tötung in zwei Fällen und Abtreibung zur Last gelegt werden.

Für die Verhandlung, die sich infolge der Ladung von neun medizinischen Sachverständigen zu einem kleinen medizinischen Kongreß gestalten wird, sind 5 Tage in Aussicht genommen.

Die Anklage behauptet, daß Dr. Mayenberg seit dem Jahre 1926 gewerbsmäßig eine größere Anzahl von verbotenen Eingriffen gemacht habe. Er hätte für jeden Eingriff 200 Mark verlangt, und sei davon nur abgegangen, wenn die Vermögenslage der Patientinnen die Aufbringung einer solchen Summe nicht ermöglichte. Die Anklage behauptet fernerhin, daß der Angeklagte aus den verbotenen Eingriffen seine Haupteinnahmequelle gehabt hätte.

Der Angeklagte bestreitet jede Schuld.

Marcia Reale

Novelle von Andreas Latzko

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten
Copyright 1932 by
5) Malik Verlag, Berlin

Er war überhaupt kein Italiener, sondern Oesterreicher, hatte aber als Kriegsgefangener drei Jahre lang in den Weingärten Siziliens gearbeitet. Seine Heimat hatte er verlassen, weil ihm dort unten ein Mädel gut war, und er daheim keinen Platz für sich fand — ganz genau die gleiche Geschichte wie bei dem Leinenweber. Das glühende Stück Eisen mußte auch das Gehirn beschädigt haben, oder ein einziges Auge genügte für das Handwerk nicht — genug, man hatte den Setzer dreimal ohnmächtig vom Boden auflesen, und der Druckereibesitzer wollte für sein Geld keinen Arbeiter haben, der alle naselang den Betrieb durcheinanderbrachte. Im Dorfe war für den Bücherwurm, den „Städtischen“, der erst Krüppel werden mußte, um sich zur Erde zurückzufinden, erst recht nichts zu holen. Er sollte doch wieder zu den Italienern gehen, wenn man dort Buchsetzer als Feldarbeiter gebrauchen konnte!

Und so hatte er sich auf den Weg gemacht, und er war ganz sicher, die beste Aufnahme zu finden bei der reichen Bauerntochter, deren Vater alljährlich ganze Schiffe pachten mußte, um seinen Wein aufs Festland zu schaffen. Pasquali sollte nur mitkommen nach Sizilien, man mußte ja vorrückt sein, sich freiwillig in Eis und Nebel zu begeben, wenn man das ganze Jahr blauen Himmel über sich haben konnte.

Pasquali sagte weder ja noch nein, aber was der Setzer von seiner Wanderung über die Alpen erzählt hatte, war durchaus geeignet, seine Unternehmungslust abzukühlen. Hatte der Oesterreicher, von Kindheit auf an strenge Winter gewöhnt, so hat unter der Kälte leiden müssen, wie sollte er sich dann

durchschlagen, nicht einmal fähig, mit den Leuten zu sprechen unterwegs? — Da war es doch bestimmt verlockender, sich diesem Teufelskerl anzuvertrauen.

War es nicht, als hätte er die Lebensgeschichte des Casare Pasquali erzählt?

Dieselbe hochmütige Härte hatte sie beide aus der Heimat vertrieben; ob die Finger fehlten oder ein Auge, die Menschen ließen sich nicht gerne Rücksicht abzwängen. Was einmal beschädigt war, schob sie gerne beiseite, wie einen halbvertretenen Wurm.

„Wie einen halbvertretenen Wurm! Ja, das war es! So, aufs Haar so, waren sie mit ihm daheim verfahren! Es hatte doch alles Hand und Fuß, was dieser Oesterreicher sprach! — Wenn es ihm wirklich gelang, auf einem deutschen Schiff die Ueberfahrt nach Neapel zu erbetteln, warum sollte man da nicht mithalten? Hungrig von Stadt zu Stadt ziehen, diese schöne Aussicht lief nicht davon. — Es konnte kein bloßer Zufall sein, der liebe Gott mußte schon seine Hand im Spiele haben, daß sie einander so begegnet waren, als hätten sie sich ein Stelldichein gegeben auf halbem Weg!“

Mollig versinkend, als lösten die schmerzenden Glieder sich vom Körper, leuchtete Pasquali dem Geflüster des Setzers, bis durch das berstende Dach der blaue Himmel in den Schuppen strahlte, und er am Arme des neuen Freundes durch die Hauptstraßen seiner Vaterstadt schlenderte, die nur plötzlich mitten in Sizilien lag. Noch einmal wurde er an den Rand der Wirklichkeit zurückgezerrt von einer donnernden Stimme, die ihm aus dem Takelwerk eines wild rollenden Seglers die Warnung zurief: „Bleib doch ruhig, sonst reißt du den Bindfaden ab!“ Im selben Augenblick zog der österreichische Stabsarzt unbarmherzig die Schlinge zu, damit der Arm weniger blutete — und der wirbelnde Reigen der Träume perlte in bunten Blasen um den Schlafenden, der wie ein Stein versank.

Kein Tag verging, ohne daß Casare Pasquali seinem Schutzpatron für das glückliche Zusammentreffen mit dem deutschen Setzer dankte. Wäre das spöttische Lächeln

seines Freundes nicht gewesen, er hätte dem heiligen Nepomuk eine dicke Kerze gestiftet für die rettende Gnade dieser Bekanntschaft.

Von der verwitweten Bäuerin in Tirol war längst keine Rede mehr. Es war unheimlich, wie klar der Setzer mit seinem einzigen Auge die Menschen durchschaute und mit einem Scherz, den der Dummste verstehen mußte, alles so vor einen hinzustellen verstand, wie er es mit seinem raschen Blick erfaßt hatte. Ein Leben lang hätte Pasquali über seinen Plan nachdenken können, ohne auf die einfache Wahrheit zu kommen, daß seit seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft auch in das kleine Tiroler Dorf die Männer heimgeflutet waren aus dem Felce. Ein immer noch ganz sauberes Frauenzimmer mit sechs Milchkühen im Stall, — mußte da erst einer aus Italien kommen?

Es war ja — wenn man es recht bedachte — merkwürdig, daß der Setzer die Hoffnungen eines anderen so schlagfertig zu zerpfücken wußte, ohne daran zu denken, daß für Sizilien genau die gleiche Wahrheit galt! Pasquali war es bange vor den Enttäuschungen, die seinen Freund dort unten erwarten mochten, und das bestärkte ihn noch mehr in seinem Vorsatz, mitzugehen. Es konnte freilich auch sein, daß der Setzer recht behielt? Ein Kerl, der so voller Schnurren und Geschwätz steckte, lief einem Mädel nicht alle Tage zu, — vielleicht wurde er im Handumdrehen Weinbergbesitzer und stellte seinen Reisegefährten als Winzer oder Aufseher ein?

Und wenn es selbst schief ginge mit der Braut in Sizilien . . . Pasquali hatte gelernt, daß man an der Seite des Setzers nie ganz verloren war! Hatte er nicht gleich am ersten Morgen ein deutsches Schiff entdeckt, das Ziegel für Nordbrasilien verstaute? Irgendein Gummikönig da drüben wollte sich einen Palast, ein richtiges europäisches Heim leisten, nicht eine Tropenhütte, die nach jedem Wirbelwind neu aufgebaut werden mußte.

Pasquali und der Setzer segneten täglich den närrischen Einfall, denn Ziegel ließen

sich nicht mit dem Kran einladen, und bis der ganze Palast schubkarrenweise an Bord geschafft war, gab es Arbeit für eine Woche. Ein Auge genügte dabei so gut wie acht Finger, welches Glück, daß es Gummikönig gab, und gerade, wenn man sie am nötigsten brauchte! . . .

Weniger nach dem Geschmack Pasqualis war die verfluchte Gewohnheit des Setzers, einen Teil des Tagelohns beiseite zu legen. Sparen? . . . Der Leinenweber sah gehässig auf das Büchlein, in das, was er sparte, täglich eingetragen wurde, und fand es geradezu tyrannisch, daß sein Freund nicht wenigstens ein halbes Stündchen in der Osteria bewilligt. Es war ja doch nicht dasselbe, ob man im Finstern, wenn schon alles schnarrte, hastig einen Zug aus der verborgenen Flasche tat, oder, gemütlich im Wirtshaus sitzend, ein Gläschen sich schmecken ließ. Aber böse konnte man dem Oesterreicher nicht sein, er verstand es, selbst das Sparen angenehm zu machen, und als am fünften Tage des Ziegeleinladens ein paar wunderbar weiche Socken von Pasqualis eigenen Ersparnissen angeschafft wurden, da lächelte der Leinenweber so dumm-verlegen wie über das Taschenspielerstück eines Jahrmarktzaubers und ging, als hätte er Teppiche unter den Füßen.

Es schmeichelte ihm auch, daß ihn der Setzer ein wenig herausmachen wollte, ehe er ihn zu seiner Braut brachte. Dies Bewußtsein, betreut zu werden von einem Menschen, der wie auf sein eigenes Werk stolz war auf seinen Zögling, erweckte in dem Leinenweber Gefühle einer verspäteten Kindheit, wie er sie nie gekannt hatte an der Seite seiner armen, verwitweten Mutter, und noch weniger in der Lehre, deren Schrecken nach fünfundzwanzig Jahren noch als Alpdruck durch seine Träume grüselten. Mit der verworrenen Zärtlichkeit von Schuljungen fügte er sich willig allen Anweisungen seines bewunderten Mentors und beschützte ihn zugleich, als der körperlich Stärkere. Der ganze Haufen, sagt die Gesellen im Getreideschuppen, hatten Respekt vor ihrem Bündnis. (Fortsetzung folgt.)

Der Fünf-Jahrplan der USSR

im Urteil von Roderich v. Ungern-Sternberg in der ADGB-Zeitschrift „Die Arbeit“

II.

Gegen die Vorkriegszeit — und nur der Vergleich mit jetzt und einst ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Bewertung der erzielten Leistung — ist auf industriellen Gebiet ein völlig veränderter Zustand geschaffen, wie aus folgender Uebersicht, in welcher wir ausschließlich Mengenangaben (und keine Bewertung in Rubeln, weil als Wertmaßstab unzuverlässig) geben, zu entnehmen ist:

	1913	1921	1928	1931
Kohlenförderung (in Mill. t)	29,0	8,9	35,8	55,9
Erdölförderung (in Mill. t)	9,2	4,0	12,6	22,3
Roheisenproduktion (in Mill. t)	4,2	0,1	3,4	4,9
Stahlzeugung (in Mill. t)	4,2	0,2	4,3	5,3
Automobile (Stück)	—	—	879	20.501
Traktoren (Stück)	—	—	1471	59.879
Superphosphat (in 1000 t)	62,9	5,3	154,9	321,6
Leistungen der Elektrizitätswerke (in 1000 kW)	1035	1154	1879	3689

Aus diesen Zahlenreihen ist ersichtlich, daß in bezug auf Gewinnung industrieller Grundstoffe, Entwicklung von Kraftquellen und Ausstattung des Produktionsapparats ungewöhnlich große Fortschritte erzielt worden sind. Zudem enthält die Uebersicht noch nicht das letzte Jahr des Fünfjahrplanes (1932). Dieses Jahr wird aber das Gesamtbild nicht wesentlich verschieben, denn in bezug auf Kohlen-, Erdöl-, Roheisen- und Stahlgewinnung ist die Steigerung gegen 1931 nicht mehr sehr bedeutend. (?) Endgültige Zahlen liegen aber bisher nicht vor. Dagegen ist die Zahl der Kraftwagen und Traktoren im Jahre 1932 noch erheblich gestiegen.

Um nun zu ermitteln, in welchem Verhältnis die Steigerung der Produktionsmittelindustrie (Gruppe A) zu den Ergebnissen der Fertigwarenproduktion (Gruppe B) steht, geben wir, mit dem Vorbehalt, daß es sich hierbei um Bewertungen handelt, denen nur eine sehr bedingte Zuverlässigkeit beizumessen ist, folgende Zahlenreihen:

	1913	1921	1928	1931
(in Mill. Rubel in Preisen von 1926/27)				
Gruppe A	4290	898	6963	16.912
Gruppe B	5962	1106	8582	13.896

Aus diesen Angaben ist jedenfalls zu entnehmen, daß die Erzeugung von konsumfähigen Waren (Gruppe B) nur eine verhältnismäßig geringe weitwärtige Steigerung im Vergleich zur Vorkriegszeit aufzuweisen hat: sie ist 1931 gegen 1913 nur ungefähr um das Doppelte gestiegen, während die Erzeugung von Produktionsmitteln um das Vierfache zugenommen hat. Noch viel ausgeprägter ist die Steigerung der Produktionsmittelherzeugung im Vergleich zu der Fertigwarenproduktion in der Zeit von 1928 bis 1931, also während des Fünfjahrplanes.

An sich ist im Fünfjahrplan beabsichtigt gewesen, die Produktionsmittelindustrie in erster Linie auszubauen, wenigstens auch viele Zweige der Fertigindustrie eine enorme Produktionssteigerung erfahren sollten. So sollte beispielsweise der Wert der Erzeugnisse der Bekleidungsindustrie im Laufe der fünf Jahre, 1927/28 bis 1932/33, um 540,5 v. H. zunehmen. Eine derartige Steigerung der Fertigwarenherzeugung ist längst nicht erzielt worden. Aber auch in bezug auf die schwerindustrielle Produktion sind in einigen Industriezweigen, wie z. B. in der Kohlenindustrie, die dem Plan nach im Wirtschaftsjahr 1932/33 75 Millionen Tonnen liefern sollte, nicht erzielt worden. Dagegen hatte die Erdölförderung bereits 1931 Ergebnisse aufzuweisen, die erst im letzten Jahr des Fünfjahrplanes vorgesehen waren.

Im allgemeinen kann man in bezug auf Rohstoffgewinnung und industrielle Ausrüstung den Fünfjahrplan als durchgeführt ansehen,

wobei es an sich, produktionswirtschaftlich gesehen, gewiß richtig war, einen volkswirtschaftlichen Aufbauplan in einem wirtschaftlich rückständigen Lande mit der Erschließung und Auswertung der natürlichen Produktivkräfte und dem Ausbau des Produktionsapparates zu beginnen. Zuvor mußten genügend Kohlen, Erdöl, elektrische Energie, Eisen, Baumwolle usw. da sein, und erst dann konnte man eine leistungsfähige Fertigwarenindustrie auf die Beine stellen. Kommt noch hinzu, daß schon aus finanziellen Erwägungen, besonders in einem Lande, in welchem die breite Masse der Konsumenten in Gestalt der Umsatzsteuer die finanzielle Last der Industrialisierung aufzubringen hat, man nicht gleichzeitig alle Industriezweige in einem Zeitraum von fünf Jahren entwickeln kann. Ferner ist zu berücksichtigen, daß es an gelehrten Arbeitskräften fehlt, was selbstverständlich auch eine Konzentration auf bestimmte Teilaufgaben notwendig macht. Kurz — eine ganze Reihe von einleuchtenden Gründen läßt sich für die Notwendigkeit einer Bevorzugung der Schwerindustrie anführen, und eine Kritik, die meint, daß mit dem Fünfjahrplan nichts erreicht worden sei, weil für die Masse der Bevölkerung dabei „nichts herausgekommen ist“, macht sich die Sache doch etwas zu leicht. Es ist nicht zu verkennen und wird sich weltwirtschaftlich zweifellos in den nächsten Jahren sehr stark auswirken, daß die gesamte industrielle Rohstoffbasis und der industrielle Produktionsapparat der Sowjetunion eine mächtige Ausdehnung erfahren haben.

Woran liegt es nun, daß, ungeachtet dieser großen Fortschritte auf industriellem Gebiet, die Lebenshaltung der Bevölkerung, insbesondere auch der Industriearbeiterschaft, immer noch eine recht dürftige ist und vor allem die Lebensmittellieferung der Städte auf große Schwierigkeiten stößt?

Zu dieser gerade heute sehr aktuellen Frage kann man nur Stellung nehmen, wenn man sich zuvor darüber klargeworden ist, was als Maßstab für die Lebenshaltung gelten soll: ob die Lebenshaltung der russischen Arbeiterschaft im Vergleich zu derjenigen deutscher Arbeiter beurteilt, oder ob die gegenwärtige Lage mit der Vorkriegszeit verglichen werden soll.

Was einen Vergleich mit deutschen Verhältnissen anbelangt, so kann sich auf Grund persönlicher Eindrücke sagen, daß, sofern die deutsche Industriearbeiterschaft normale Beschäftigung hat, ihre Lebenshaltung im Durchschnitt eine sehr viel bessere ist als die der russischen. Und selbst heute, ungeachtet des Lohnabbaues, kann der deutsche Arbeiter in bezug auf Nahrung, Kleidung und Hausat sich viel mehr leisten als der russische Arbeiter. (?) Der deutsche Arbeiter hat unvergleichlich größere Reserven an Kleidung und sonstigen Gebrauchsgegenständen und ist in der Lage, infolge der relativ niedrigen Preise für industrielle Fertigerzeugnisse, viel mehr Anschaffungen zu machen als sein russischer Kollege.

Allerdings bildet die russische Arbeiterschaft heute keine unterschiedslose Masse in bezug auf ihre wirtschaftliche Lage. Schon hinsichtlich der Lohnbezüge besteht eine

große Differenzierung, die hauptsächlich durch den Mangel an qualifizierten Arbeitern und die entsprechend hohen Verdienste gelehrter Arbeitskräfte bedingt ist und durch die große Verbreitung, die Stücklohn- und Prämiensystem aufweisen, verursacht wird. Es gibt eine recht breite Oberschicht, die zu Zeit Lohnbezüge von 400 bis 500 Rubel monatlich aufzuweisen hat und sehr wohl in der Lage ist, sich gut zu nähren und auch Anschaffungen zu machen, die für einen Industriearbeiter in der Vorkriegszeit unerreicht waren. Weiter fällt für die Besserung der Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft sehr ins Gewicht, daß seit einigen Jahren alle arbeitsfähigen Familienmitglieder, Frauen und Jugendliche, in den Betrieben tätig sind und infolgedessen das Familienbudget eine sehr große Steigerung erfahren hat. Nun dadurch ist es zu erklären, daß trotz der großen Preissteigerung auf dem freien Markt, auf den auch der Industriearbeiter zum Teil angewiesen ist, die allgemeine Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft gegen die Vorkriegszeit eine gehobener ist. Wir wollen das in bezug auf Ernährung, Wohnung und Kleidung im einzelnen erörtern und begründen. (Fortsetzung folgt.)

Straßenschlacht in Duisburg

1 Toter, 8 Schwerverletzte — Polizei an der Seite der SA

In Duisburg ereignete sich anlässlich der Beerdigung eines SA-Mannes eine schwere Schießerei. Es wird behauptet, obwohl dafür bisher noch keine Ermittlungen angestellt werden konnten, von wem und woher, es sei auf den Leichenzug geschossen worden. Ueber die Vorfälle geht uns folgender Bericht zu:

Der Duisburger Bevölkerung hat sich anlässlich der staubenschlachtähnlichen Vorfälle nachmittags starke Beunruhigung bemerkt. Und es muß schon gesagt werden, daß die Polizei bei den Vorfällen selbst wie auch in den darauf folgenden Stunden recht wenig dazu beigetragen hat, die Aufregung wieder abzumildern. Die Stadt machte bis in die Nacht hinein den Eindruck des latenten Bürgerkrieges. Nicht nur daß das dauernde Jagen der Ueberfallkommandos mit ihren Scheinwerfern, die die Häuserfronten in ihre Lichtkegel brachten, ständig neue Erregung erzeugte, in der Nacht wurde immer wieder die Bevölkerung durch das weithin vernehmbare Hupen von maschinengewehrbestückten Panzerautos aufgeschreckt. Das Zusammenstehen von mehr als zwei Personen auf der Straße hatte sofortiges Eingreifen der Polizei zur Folge. hingegen wurde den

mit Stahlhelmen ausgerüsteten SA- und SS-Truppen,

die, Polizeibefugnisse sich anmaßend, auf den Straßen liefen, völlige Freiheit gewährt.

Der Polizeibericht über die Schießerei ist höchst unzureichend. Man kann

wohl daraus entnehmen, daß bei der Polizei eine derartige Verwirrung entstanden ist, daß sie selbst nicht mehr die Lage übersehen konnte. Dieser Verwirrung ist es zweifellos zuzuschreiben, daß ein auf einem Gerüst arbeitender Anstreicher, da er „angeblich“ ein Dachschütze sein sollte, von Polizeikugeln tödlich getroffen worden ist. Als ein Schuß auf den Leichenzug von einer bisher nicht ermittelten Person und Richtung abgegeben wurde, drängten sich bewaffnete SA-Kommandos nach vorn, um, wie von Augenzeugen ausgesagt worden ist, auf Anforderung eines Polizeioffiziers hin die Polizei bei der Sicherung der Straße zu unterstützen. — Seit wann, darf man wohl fragen, ist es von der Polizei erlaubt, daß sich bewaffnete SA frei umherbewegen darf, und erst recht: seit wann bedarf die Polizei der Unterstützung dieser Leute? — Es steht fest, daß durch das Eingreifen der SA die Situation ungeheuer verschärft wurde, die Polizei dadurch die Uebersicht verlor und es einzig und allein darauf zurückzuführen ist, daß ein Toter und acht Schwerverletzte die Opfer der daraufhin einsetzenden wilden Schießerei wurden.

Bezeichnenderweise wurde von den nationalsozialistischen Demonstranten niemand verletzt, die Schwerverwundeten sind Arbeiter der in der Nähe der Vorfälle sich befindenden Arbeiterkolonie. Sie erhielten Rückenstiche und Bauchschüsse. Zwei Schwerverletzte dürften kaum mit dem Leben davonkommen. di—

RGO-Kurs

stärkt den Reformismus

Ein Musterbeispiel im DMV Meißen i. Sa.

Der Tätigkeit einiger oppositioneller Genossen war es im Herbst 1931 gelungen, für die erwerbslosen Mitglieder des DMV Meißen eine Vertretung in der Vertreterversammlung durchzusetzen. Von den 20 für das Jahr 1932 gewählten Erwerbslosenvertretern gehörten 13 zur Opposition. Diese arbeiteten mit einigen anderen in den Betrieben gewählten Vertretern im vergangenen Jahr sehr gut zusammen, obwohl sie politisch den verschiedenen Richtungen angehörten. Dabei hat sich gezeigt, daß diese Zusammenarbeit nicht nur notwendig, sondern auch sehr gut möglich ist. Dem geschlossenen und klaren Auftreten der Opposition war es gelungen, regelmäßig ein Drittel der Stimmen bei Abstimmungen auf sich zu vereinigen.

Gestützt auf diese guten Erfahrungen einer einjährigen revolutionären Gewerkschaftsarbeit beschlossen die in der Opposition vereinigten Genossen, ein offizielles Angebot an die KPD zu richten zu einer Zusammenarbeit nicht nur im DMV, sondern in allen Gewerkschaften, wo dies möglich ist. Obwohl sich alle Oppositionsmitglieder damit einverstanden erklärten, war die Antwort der KPD derart, daß man das nur als eine gewollte Zerstückelung der Einheitsfront bezeichnen kann. Nachdem sie in einer mündlichen Aussprache erklärte die KPD: Wir sind zur Zusammenarbeit bereit unter der Voraussetzung der Anerkennung der RGO als mobilisierendem Faktor und feste Bindung der oppositionellen Fraktionen an die Kampflösungen der RGO. Diese Bindung und Unterordnung unter die Befehle der RGO lehnten die SAP- und KPG-Genossen natürlich ab. Nachdem sie in einer mündlichen Aussprache nochmals versuchten, eine Verständigung auf den von ihnen vorgeschlagenen Punkten zu erreichen, die KPD aber vor allem auf

ihrer zweiten Bedingung bestand, war der kameradschaftlich und sachlich begründete Versuch einer breiten Zusammenarbeit als gescheitert zu betrachten. Obwohl die KPD unsere bisherige Gewerkschaftsarbeit als gute kommunistische anerkannte und für richtig hielt, konnte sie doch nicht die praktische Folgerung ziehen. Die drei KPD-Genossen, die bisher mit uns arbeiteten, fügten sich darauf der Parteidisziplin und lehnten eine weitere Zusammenarbeit mit uns ab.

Die Folgen dieser engstirnigen KPD-RGO-Politik zeigten sich eindeutig bei der diesjährigen Erwerbslosenvertreterwahl. Der reformistischen Vorschlagsliste standen diesmal zwei oppositionelle Vorschläge gegenüber. Dabei brachte die KPD nicht einmal so viel Kandidaten zusammen als Vertreter zu wählen waren. Unser Kampf richtete sich diesmal aber nach zwei Fronten. Das Ergebnis ist: Die Reformisten erhielten in der Spitze 148, wir 107 und die KPD 38 Stimmen. Die übrigen Stimmzahlen stehen im gleichen Verhältnis, so daß sämtliche 16 reformistische Kandidaten gewählt wurden. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die Einstellung der Ortsverwaltung, die es ablehnte, ebenso wie im Vorjahre alle Vorschläge auf eine Liste zu vervielfältigen. Dadurch gelang es den Reformisten, die im Wahllokal ihre Vorschläge vervielfältigt jedem Kollegen in die Hand drückten, diesen „Sieg“ zu erhalten. Aber auch dadurch wäre es ihnen nicht gelungen, die Opposition anzuschalten, wenn letztere geschlossen wie bisher hätte auftreten können.

Es zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal ganz deutlich, daß der RGO-Kurs der KPD nicht zur Revolutionierung der Gewerkschaften und damit zur Ueberwindung des Reformismus führt. Umgekehrt: der RGO-Kurs führt zur Stärkung des Reformismus.

Textil-Generalversammlung in Krimmitschau

Vor kurzem hielt der Textilarbeiterverband im Saale des Volkshauses seine diesjährige Generalversammlung ab. Die „Eisernen“ hatten alt und jung herbeigeschafft, und man sah Gesichter, die man sonst nie sieht. Und damit die Genossen der Opposition sich nicht etwa wagten, etwas zu sagen, hatte man das Reichsbanner in der Garderobe untergebracht.

Entsprechend dieser Kraftprobe war auch der Verlauf der Versammlung. Der Geschäftsführer Josef Phillip hielt eine Hetzrede gegen die KPD- und Oppositionsgeossen. Als Genosse Ott (KPD) ihm antworten will, wird er vom Vorsitzenden ausgeklüngelt und von dem fanatischen Eisenhaufen verhöhnt und ausgelacht. Während man die Redner der Opposition andauernd provozierte und beleidigte, hielt der Gewerkschaftsbeamte Räder, „der die Politik erst seitdem betreibt, seit er Angestellter ist“, eine einzigartige Wahl- und Hetzrede gegen die Kommunisten und SAP-Mitglieder und stempelt damit die Gewerkschaftsversammlung zu einer Eisernen-Front-Kundgebung. Das Ergebnis bei der Wahl war: 87 Stimmen für die Liste der Opposition und 376 für die Eisernen. Doch trotzdem werden wir weiterarbeiten für unsere Idee innerhalb der Gewerkschaften, in der Ueberzeugung, daß der Tag kommt, an dem die SPD-Arbeiter erkennen, was für ein hinterlistiges Spiel ihre Führer getrieben haben.

Delitzscher Umschau

Zu was ein Protokoll gut ist

Delitzsch. (Eig. Bericht der „SAZ“)

Der gesamten bürgerlichen Klique ist die Wahl eines linken Präsidiums wahrscheinlich so arg in die Knochen gefahren, daß sie auf Mittel und Wege sann, die Wahl anzufechten. Und siehe da, in Gestalt unseres „nichtgewählten“ Oberbürgermeisters, Herrn Stadtschreiber Schimpf, fand sich der Mann, der durch Durchschnüffelung des Protokolls dort einige falsche Eintragungen seitens des besoldeten Schriftführers, Herrn Magistratssekretär Engelleiter, bei der Wahl des ersten Vorstehers feststellte. Im zweiten Wahlgang erhielten Stimmen: Scharruha (Bürgerl.) 13, Simon (KPD) 8 und Buhle (SPD) 5, im Protokoll steht aber unrichtigerweise: Scharruha 13, Simon 8 und Buhle 4 (statu 5) Stimmen. Nun geht ein Instanzenweg los, die Wahl wird vom Magistrat angefochten, der erste Bürgermeister fährt persönlich nach Merseburg, wendet sich an den Deutschen Stadtag, alles, um die Linksmehrheit in Delitzsch unmöglich zu machen. Der Vorsteher, Genosse Simon, durfte vorläufig keine Sitzungen einberufen bis zur Klärung der Sache. Nun braucht er ja auch keine mehr einzuberufen, da durch Notverordnung die Stadtparlamente aufgelöst wurden.

Aber noch ein Wort zu unserem ungewählten „Oberbürgermeister“, Herrn Stadtschreiber Schimpf. Wir raten ihm, seine Nase nicht in Sachen zu stecken, die ihn nichts angehen. Ueberhaupt ist dies ein feiner Mann, hat er doch seinerzeit, als er einmal Bürgermeister von Roitzsch werden wollte, einem unserer Genossen erklärt: „Verschaff mir nur die Bürgermeisterstelle, dann könnt ihr von mir verlangen was ihr wollt“. Ein schöner Streber!

Eine geradezu empörende Angelegenheit ist die Protokollführung des Herrn Magistratssekretärs Engelleiter; nicht nur, daß er die Eintragung bei der Wahl des Vorstehers nicht richtig wiedergab, nein, er führt in der Anwesenheitsliste einen Stadtverordneten Schickerling auf, der schon vor Monaten gestorben ist. Der Tote hat also alle Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung seit Monaten mitgefahrt, da sein Nachfolger ja nach dem Protokoll niemals anwesend war. Wären da eigentlich nicht auch alle gefälschten Beschlüsse der Versammlung schon seit Monaten ungültig???

Aber die Lehre ist, daß die Arbeitervertreter gerade bei Verlesung der Protokolle auf jedes Wort achten sollen in der Zukunft!

*

Am letzten Dienstag hatte die KPD zu einer Demonstration aufgerufen, wiederum für sich allein, ohne alle anderen Arbeiterorganisationen zu verständigen. Daß trotzdem die Demonstration eine solche große Beteiligung von fast 500 Personen aufzuweisen hatte, ist nur der Einsicht breiter Arbeiterkreise zu verdanken, die nicht so engstirnig eingestellt sind wie die KPD, sondern jede Gelegenheit wahrnehmen, den Nazis die Stärke der Arbeiterschaft zu zeigen. Auch ein großer Trupp SPD-Arbeiter, meist Jugendliche, demonstrierte mit; anstatt nun richtige Einheitsfrontpolitik zu treiben, leierte der Redner die alte Walze vom „Hauptfeind sei die Sozialdemokratie“ herunter. Der Erfolg: die SPD-Arbeiter verließen den Marktplatz. Wir fragen euch, Genossen der KPD, ist das Einheitsfront?

Bei dieser Gelegenheit gleich noch zur letzten Nummer des roten Funken (Stadtzeitung der KPD): Nennt ihr es vielleicht Schaffung der Einheitsfront, wenn ihr in einem Artikel ausführt „Es ist nicht unsere Schuld, daß die Verhältnisse so verfahren sind, sondern die Politik der Hochfinanz und des Trustkapitals und ihrer Lakaien NSDAP, SPD und SAP“.

Pfui Teufel muß man da schon sagen, die SPD und SAPD mit den Nazis auf eine Stufe zu stellen. Niedriger muß man die Ausführungen hängen. So erreicht man jedenfalls die dringend notwendige Einheitsfront nie und nimmer.

Werbt Abonnenten

Der Kapitalismus bedeutet Krankheit, Elend und Schmutz

Zahl der Schmutzkrankheiten steigt

Ein kluger Mann aus dem bürgerlichen Lager hat einmal gesagt: „Das Kulturniveau eines Volkes kann man an seinem Seifenverbrauch ermessen.“

Nicht nur in den Kreisen der Erwerbslosen, sondern auch in allen von der Krise in stärkere Mitleidenschaft gezogenen Schichten der Bevölkerung machen sich auf den verschiedensten Gebieten Anzeichen von Krisenfolgen bemerkbar, die außerordentliche Gefahren anzeigen.

In diesen Tagen ist viel von dem Beginn einer allgemeinen Grippeepidemie die Rede gewesen. Durch die trockene und kalte Witterung der allerletzten Zeit ist der Ausbruch von Grippekrankheiten auf einen hohen Normalprozentsatz beschränkt geblieben. Bei einer Veränderung der Witterung dürfte man allerdings erwarten, daß sich entsprechend der schlechten gesundheitlichen Verhältnisse eines großen Teiles der Bevölkerung eine höhere Zahl von Grippekrankheiten einstellen wird.

Abgesehen von dieser zeitweisen Gefährdung, die durch die allgemeine gesundheitliche Lage verschärft wird, zeigen sich gerade auf dem Gebiete des Gesundheitswesens außerordentlich bedenkliche Erscheinungen. In Breslau ist die Zahl der Schmutzkrankheiten im ständigen Steigen begriffen. Eine Breslauer Tageszeitung meldete vor kurzem aus nur einem städtischen Krankenhaus für die Zeit von April bis Oktober der letzten drei Jahre folgende Zahlen:

Ansteck. Borkenflechte (impetigo contagiosa):			
1930	1931	1932	
194	132	297	Fälle = + 165
Krätze (scabies):			
1930	1931	1932	
21	22	59	Fälle = + 37

Aus diesen Zahlen läßt sich naturgemäß nur auf die Gesamtlage im Stadtbezirk Breslau schließen, da

das städtische Gesundheitsamt es bisher vermieden hat, nähere Aufschlüsse gerade über das Ansteigen der Schmutzkrankheiten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Auch die Schulärzte sehen sich gezwungen zu erklären, daß unter den Schulkindern Krankheiten, die durch geringe Körperpflege verursacht, mindestens aber verschlimmert werden können, im Zunehmen begriffen sind. Auch in anderen Städten, so z. B. in Dresden, sind die gleichen Beobachtungen gemacht worden. Unter diesen Umständen sah sich der Dresdner Magistrat dazu veranlaßt, in seinem Amtsbereich die Schulbäder wieder einzuführen, da die häusliche Reinlichkeitspflege zur Erhaltung der Gesundheit der Kinder als unzureichend bezeichnet werden mußte. Gleichzeitig wird aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands von Ärzten berichtet, daß durch die ständig steigende Unterernährung der verheirateten Frauen die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen gleichfalls steigt. Alte Fälle nehmen wieder bösartigen Charakter an, neue Erkrankungen treten hinzu, schon zum Stillstand gekommene schreiten wieder fort.

Es ist bezeichnend für die gesamte wirtschaftliche Lage, daß diese Erscheinungen nicht etwa auf die Elendsviertel der Großstädte beschränkt bleiben, sondern daß sie sowohl in den Arbeitervierteln wie in den bevorzugt vom Mittelstand bewohnten Gegenden auftreten. Im günstigsten Fall reicht die Unterstützung der Erwerbslosen für Wohnung und knappe Ernährung aus, schon die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Vollends ist es für die Mehrzahl der Arbeitslosen gar nicht möglich, für ihre Familien Seife zu kaufen und regelmäßig und häufig warmes Wasser zu bereiten.

Selbst noch so häufige Waschungen mit kaltem Wasser oder Reinigung ohne Seife haben keine vor Verschmutzung schützende Wirkung, da kaltes Wasser die Poren der Haut nicht öffnet und die Hornschicht, in der die Erreger der Schmutzkrankheiten sich befinden, unverändert bleibt.

Wenn man diese Tatsachen mit den Behauptungen leitender Gesundheitsbeamter über die „glänzenden“ gesundheitlichen Aussichten der Bevölkerung Deutschlands ver-

gleicht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier von amtlicher Seite in trotz angelegter Weise der Versuch gemacht wird, die tatsächlichen Gefahren zu verunsichern. Uns will diese Möglichkeit höchstwahrscheinlich erscheinen, da wir wissen, daß die Ausbreitung und das Steigen von Tuberkuloseerkrankungen, von Schmutzkrankheiten oder auch Grippeerkrankungen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland nur zu einem geringen Teil durch die ärztliche

Kunst verhindert werden können. Hier käme es nämlich darauf an, die allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen der gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung zunächst einmal zu beseitigen. Das jedoch ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, unter der Klassenherrschaft des Bürgertums, nicht möglich. Wieder zeigt diese neue Gefährdung der Gesundheit, daß die gegenwärtige „Ordnung“ in nichts mehr gerechtfertigt ist. Also fort mit ihr!

Immer mehr Arbeitslosigkeit

Beim städtischen Fürsorgeamt stieg die Zahl der arbeitsfähigen Erwerbslosen am Ende des Monats Januar auf insgesamt 33 303 Hauptunterstützte an; seit Jahresanfang ist damit eine Vermehrung um 541 Hauptunterstützte festzustellen. Wir zählen nunmehr in Breslau

auf 1000 Einwohner 86,2 unterstützte Erwerbslose des Fürsorgeamtes.

In Jahresfrist ist eine Steigerung der Zahl dieser langfristig Erwerbslosen um mehr als 12 000 eingetreten.

Aber auch die Zahl der kurzfristig Erwerbslosen, die sich in der Betreuung des Arbeitsamts befinden, ist in starkem Steigen begriffen. Während des Monats Januar

wuchs sie um nahezu 3000 Hauptunterstützte an auf insgesamt 31 018. Das Arbeitsamt unterstützt zur Zeit etwa 37 Prozent, das Fürsorgeamt 63 Prozent der Breslauer Erwerbslosen.

Beide Fürsorgeeinrichtungen zusammen betreuen wegen Erwerbslosigkeit insgesamt 157 500 Haupt- und Mithunterstützte.

Zählt man zu dieser führenden Kategorie von Unterstützten noch die anderen bedeutenden Gruppen hinzu, wie Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Alte und Kranke, jugendliche Betreute u. a., so ergibt sich, daß von öffentlicher Hand in unserer Stadt etwa 245 000 Personen unterstützt werden müssen.

Dammbruch an der Malapane

Oppeln, 8. Februar.

Zu dem bereits gemeldeten schweren Eisgang der Malapane, dem zwei hölzerne Brücken zum Opfer fielen, wird weiter berichtet, daß bei Kraschew beide Dämme der Malapane gebrochen sind. Die umliegenden Felder und Wiesen bilden einen einzigen See und sind weitlich mit Eis bedeckt. Eine Dammbruchstelle ist zwei Meter lang und einen Meter tief, während der Sicherheitsdamm auf vier Meter durchbrochen und drei Meter tief ausgespült ist.

Ratibor, 8. Februar.

Das Hochwasser der Oder, das am Dienstag auf über 4 Meter angeschwollen war, ist in der Nacht zum Mittwoch um 1 Meter

gefallen. Die überschwemmte Niederung ist daher wieder vom Wasser frei.

Breslau, 8. Februar.

Die Eisversetzungen bei Breslau sind größtenteils beseitigt. Stellenweise waren weitere Sprengungen notwendig.

Schließung der Oppelner Schulen wegen Grippe

Auch in Oppeln hat nunmehr die Grippeepidemie so um sich gegriffen, daß mit Ausnahme von zwei Anstalten sämtliche Volk- und höheren Knaben- und Mädchenschulen bis 14. Februar geschlossen wurden. Etwa ein Fünftel der Schüler ist an Grippe erkrankt.



„Die Wölfe“, von Romain Rolland

Romain Rolland, der international bekannte französische Pazifist, der frühe Verfechter des Volksbühnengedankens, ist bei seinem Kampf gegen den Irrwahn des Nationalismus vielfach geächtet worden und erhebt die Stimme der Vernunft gegen die nationalistiche Phrase auch in den „Wölfen“. Der Dichter hat jedoch mit diesem Drama noch das Ziel verfolgt, den Zeitgenossen einen Spiegel vorzuhalten, indem er die Dreyfus-Affäre zu seinem Inhalt machte und durch das künstlerische Mittel der Rückverlegung der gegenwertnahen Handlung in die Zeit der Revolution von 1793 zugleich ungehindert auf die Bretter brachte. Nach des Dichters eigenem Bekenntnis „wollte man damit keineswegs der Ehrfurcht vor der Revolution und ihren ruhmreichen Armeen zu nahe treten. Im Gegenteil, man wollte einer Epoche seine Huldigung darbringen, die in schrankenloser Weise Leben und Tod gewonnen hat.“

Diese Auffassung muß hervorgehoben werden, weil gerade die Breslauer Aufführung sie in ihr Gegenteil verkehrte. Herr Magner nämlich hat den Mut gehabt, die klare, dichterische Absicht nicht nur zu verdunkeln, sondern in empörender Weise zu verunstalten. Jedenfalls fordert die Regie den Protest heraus, die es zuließ, daß der nationalsozialistische Schauspieler Eberhard sich mit einer solchen Perücke versah, auf „Rotmord“ zuzustutzen und die Idee der Revolution als brillender und bluttriefender Schlächter in die Tiefen seiner historischen und politischen Ahnungslosigkeit hinabzog. Ueberregend war nur die Leistung Klingers, während der sonst so talentierte Demel bei dieser Regie schon schwächer wirkte. Rudolf Klij Aristokratengestalt reichte an seine beste Rolle in Hays „Sigmund“ nicht heran. Hermann Menschel zeigte die flehende Geste, die Angst, die Hoffnung und Verzweiflung der armen, gehetzten Kreatur.

Eine Gerechtigkeit „an sich“, wie sie Rolland in dem Drama „gegen Freund und Feind“ verlangt, gibt es freilich nicht. Der Dichter, der „weder anklagen noch einen Vorwurf erheben, weder wählen noch richten“, sondern nur „im Namen des einen und doch mannigfaltigen ewigen und freien Geistes“ sprechen will, bezeugt damit nur die Halbheit seines historisch überholten intellektuellen Liberalismus, als dessen wunderlicher Spätling er auftritt. Der Dichter, der im Klassenbewußtsein eine geistige Schranke erblickt, wird seinen Kampf trotzdem erst durch den Kampf der Arbeiterklasse entschieden sehen. E. K.

„Donna Diana“, von Moreto (Lobe-Theater)

Eine nette, saubere Angelegenheit, die in ihrem Inhalt Anspruch darauf erheben kann, mit Molières Komödien verglichen zu werden. Dieses kleine spanische Intermezzo der Liebe aus dem 17. Jahrhundert wird angenehm und reizvoll gestaltet durch Harmonie des Spieles, der Inszenierung und des Bühnenbildes. Wie immer, verdient auch hier wieder Manfred Inger als geistvoller Inspirator mit gewitzter Zunge volle Anerkennung, neben ihm im ausgezeichneten Zusammenspiel Helene Dietrich und Hans Frank, wie alle anderen Darsteller.

Der Mangel einer modernen Bühne wird durch geschmackvolle Inszenierung (Herrn Schultze-Griesheim) und vor allem durch gute Bühnenbild-Einfälle (Harry Wäton) erträglich gemacht. Ja, es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn sich das Bild auf offener Bühne wandelt, plötzlich Bäume vom Himmel in die Erde verpflanzt werden und ein üppig wucherndes Blumenbeet vor den Augen der Zuschauer aus der Erde sprießt.

Als störend und in dieser Form vielleicht als überflüssig zu empfinden sind die tänzerischen Einflechtungen. Ein Stück, das sich sonst durch flüssiges Spiel, gutes Tempo, durch Harmonie in Bild und Farbe auszeichnet, dürfte nicht mit diesen toten Stellen belastet werden.

Alles in allem: hier wurde an einem unproblematischen, durch keine großen Geschehnisse erschütterten Stück eine saubere Arbeit geleistet. M.—a.

Jahresbericht der Sozialistischen Arbeiterhilfe Ortsgruppe Breslau

Nachdem die S. A. H. ein Jahr besteht, zeigte es sich mit aller Deutlichkeit, wie notwendig diese Organisation ist. Es mußte eine Stelle sein, wo sich die durch die Schuld des kapitalistischen Systems in Not geratenen Klassengenossen Hilfe in jeder Angelegenheit holen konnten. Unsere Arbeit war keine Wohlfahrtspielerei, sondern ein Solidaritätswerk. Sind wir doch verpflichtet, außer durch den politischen Kampf, auch jedem Einzelnen zu dem zu verhelfen, was ihm die bürgerliche Klasse noch gibt, damit er nicht ganz verhungert. Auch diese Brosamen werden mitunter den Ärmsten noch von verküchelten Beamten strifflig gemacht, so daß er erst noch darum kämpfen muß. Außer sieben Versammlungen hatten wir im verflossenen Jahre zehn Vorstandssitzungen.

Von eingegangenen Spenden konnten wir an hilfsbedürftige Kinder fast 1000 Ltr. Milch ausgeben. An Erwerbslose eine Anzahl Brote, sowie Bekleidung, Mittagessen und besohletes Schuhwerk. Die politischen Gefangenen und deren Angehörige hatten wir ebenfalls nicht vergessen und halfen hier, so gut es uns unsere Mittel erlaubten.

An Beratungen hatten wir folgenden Besuch: Wohlfahrtsberatung 150 Personen. Angefertigt wurden 102 Schriftsätze und 50 mündliche Auskünfte erteilt. Die Erwerbslosenberatung erteilte 1168 Auskünfte und fertigte 682 Schriftsätze. In der Jugend- und Erziehungsberatung wurden 106 Fälle bearbeitet.

Seit dem 1. Dezember 1932 haben wir eine Hauspflege-Gruppe, die auch schon tätig ist. Diese Gruppe mußte eingerichtet

Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterhilfe

Am Freitag, den 10. d. Mts., fand im Heim, Sonnenstraße 39, Stlt., um 19.30 Uhr, unsere Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Diskussion.
3. Neuwahl.
4. Vortrag des Gen. Joseph Klose: „Der Aufbau des Fürsorgeamts“.
5. Verschiedenes.

Die Tagesordnung wird in Wort, Schrift und Bild erledigt. Teilnahmeberechtigt sind alle in der Jugend- und Wohlfahrtspflege tätigen Mitglieder. Desgleichen Inhaber von Schutzaufsichten, Vormundschaffen, Schiedsmänner sowie alle haupt- und nebenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen. Ausweis: Parteimitgliedsbuch und Bestallung.

werden, weil es ebenfalls eine Notwendigkeit war.

Am gleichen Tage konnten wir auch wieder eine neue Ortsgruppe der SAH. gründen. Es ist also ein Zeichen, daß es vorwärts geht und daß wir eine notwendige Einrichtung sind. Was wir getan haben, war alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein bei dieser großen Not, aber für den davon Betroffenen doch wieder eine augenblickliche Hilfe. Wir sind ja auch keine Wohlfahrtsinstitution, die Almosen geben will, sondern wir wollen dort helfend eingreifen, wo die Not am größten ist, wo das bürgerliche System ganz versagt. Unsere Hilfe gilt vor allem denjenigen denen man auch die Bettelfürsorge an Unterstützung noch strifflig macht. In dieser Arbeit werden wir auch im neuen Jahre nicht ermüden und den Kampf für die Interessen des einzelnen weiter führen, trotz der Schwierigkeiten, die uns mitunter entgegen stehen, auch von Seiten der sogenannten Arbeiterpartei, der SPD. Trotz alledem!

Proleton-Vorschau

Von der Leitung des Proletons wird uns geschrieben: „Sehenswert ist diese Woche wieder das Programm vom Proleton. Max Adalbert spielt den Wilhelm Voigt im „Hauptmann von Köpenick“. Zum ersten Male lachte die ganze Welt über den verwegenen Streich des Schusters Voigt im Jahre 1906, zum zweiten Male, als Zuckmayer diese Episode mit unüblerem Geschmack dramatisierte und als Schauspiel über alle Sprechbühnen ging, zum dritten Male ist der Kreis der Lachenden noch größer geworden, denn das Kino, der Tonfilm zeigt diese Köpenickade noch eindringlicher als je. Max Adalbert spielt den schlichten einfachen Kerl, und so wie die Episode, so holt auch der Film einen Lacher nach dem anderen.“

Als zweites großes Werk zeigt das Wochenprogramm: Greta Garbo in „Helgas Fall und Aufstieg“. Der Film selbst berichtet von einer Frau, die von der Welt wenig zum Leben hat, die alle Schattenseiten des Lebens kennenlernt und doch nicht verzweifelt. Man kann zum Thema eingestellt sein wie man will, man kann zum Leben selbst eine andere Stellung haben. Anerkennen muß man jedoch, daß die Künstlerin Greta Garbo auch bei dem weniger glücklichen Thema versteht, zu fesseln und mitzureißen. Viele Garbofreunde werden dem Spiel dieser Künstlerin wieder begeistert folgen. Wer einige angenehme Stunden erleben will, der gehe ins Proleton. Eintrittspreise für Erwerbslose schon ab 30 Pfg.

Sonntag findet wiederum die Kindervorstellung, auch mit Max Adalbert: „Der Hauptmann von Köpenick“, statt.“

Eins ist klar
11. und 12. Februar,
Wiederauftreten
der
Roten Raketen

Starkes Erdbeben in Baden

Rastatt besonders getroffen — Häuser wegen Einsturzgefahr geräumt
Stürzende Schornsteine

In nördlichen Schwarzwald und in Baden ereignete sich ein außergewöhnlich starkes Erdbeben, das im Norden bis Worms, im Süden bis nach Freiburg deutlich spürbar wurde.

Panik in Rastatt

Karlsruhe, 9. Februar

Der Erdstöß von gestern morgen hat in der Bevölkerung der betroffenen Orte große Aufregung verursacht. In Rastatt, wo er sich am heftigsten auswirkte, stürzte alles auf die Straße; mehrere Leute sprangen durchs Fenster, und viele warteten sich noch um 10 Uhr nicht in ihre Wohnungen zurück, da sie ein zweites Beben befürchteten.

In einzelnen Häusern und Behelien wurden Menschen zu Boden geworfen. Zahlreiche Fensterscheiben und große Schaufenster gingen in Trümmer. Die Auslagen der Kaufhäuser, in denen Artikel der Weißen Woche ausgestellt waren, gerieten vollständig durcheinander.

Das Industrieviertel dagegen blieb im großen und ganzen verschont. Besonders schwer aber waren die Auswirkungen des Bebens rechts der Mügg. Im ersten Augenblick glaubte man, es sei eine Explosion im Gaswerk zu tun zu haben. Glasscherben und Ziegeltrümmer der eingestürzten Kamine bedeckten die Straßen. Die Schulen haben den Unterricht eingestellt.

Auch in der Umgebung von Rastatt wurden heftige Schäden angerichtet. So ist in Ochshem das Rathaus und in Steinmauern das Schulhaus beschädigt worden. In Kupferheim stürzte ein Kreuz von der Kirche. Nach den seismographischen Anzeigergebnissen liegt der Herd des Bebens südlich des südöstlich von Karlsruhe in einer Entfernung von nicht mehr als 50 km.

Inzwischen liegen aus dem ganzen Lande weitere Nachrichten über das Erdbeben vor.

Aus ihnen geht hervor, daß die stärkste Wirkung des Erdbebens in Rastatt zu verzeichnen ist. Es sind nach polizeilichen Angaben zweihundert Schornsteine zerstört worden.

Ununterbrochen werden bei der Polizei Schadensersatzansprüche angemeldet. Die Schornsteine haben teilweise die Dächer und in vielen Fällen sogar die Zimmerdecken durchgeschlagen.

In dem neuerbauten Stadthaus, das es überhaupt kein Haus, das nicht

erschütterlichen Schaden erlitt. Die Leute flüchteten hier panikartig aus den Wohnungen. Durch herabfallende Ziegel und Verputz hat ein fünfzehnjähriges Mädchen Kopfverletzungen davongetragen. In einem anderen Stadteil wurde ein Kraftwagen durch die herabstürzenden Gesteinsmassen erheblich beschädigt. Überall an den Gebäuden sieht man Spuren des Erdbebens.



Besonders schwer aber waren die Auswirkungen des Bebens rechts der Mügg. Im ersten Augenblick glaubte man, es sei eine Explosion im Gaswerk zu tun zu haben.

Glasscherben und Ziegeltrümmer der eingestürzten Schornsteine bedeckten die Straßen. Die Schulen haben den Unterricht eingestellt.

Das Gerücht vom kommunistischen Anschlag

Die Angst des Bürgertums vor dem Kommunismus wird durch ein Gerücht, das kurz nach dem Erdbeben durch Rastatt lief, gekennzeichnet. Es hieß nämlich, daß die Kommunisten einen

Bombenanschlag auf das Gebäude der Polizei verübt hätten.

Bei den Proletariern hat dies Gerücht, entzerrungen eines verunglückten Bürgergehirns, nur Gelächter hervorgerufen.

An allem sind die Kommunisten schuld. Zur Not auch noch „die Juden und die Radfahrer“. Funklärner die Spaltung bei Meyers W. C. nicht — nun die Kommunisten Platz an Aufreißern — nun die Kommunisten ... und so endlos fort.

Aber Scherz beiseite ... wie heißt es im kommunistischen Manifest? — „Ein Gespenst geht um in Europa ...“

Geatolgte Tätigkeit des Vesuv

Rom, 8. Februar

Der Vesuv zeigt seit einigen Tagen lebhafte Tätigkeit, als in den beiden letzten Jahren beobachtet werden konnte. Mit der gesteigerten Tätigkeit waren in den letzten Tagen unterirdisches Rollen und heftige Erdstöße verbunden, die z. T. so heftig auftraten, daß die seismographischen Instrumente in dem Vesuv-Observatorium aus den Angeln sprangen und in mehreren Vesuv-Gemeinden Panik ausbrach.

Des Nachts bietet der Vesuv mit seiner von Blitzen durchzuckten oder vom Feuerchein des Kraters durchleuchteten schwarzen Rauchkappe einen Anblick, wie man ihn seit zwei Jahren nicht mehr bewandern konnte. Ein Bericht des Direktors des Vesuv-Observatoriums besagt, daß nach einer fast zweijährigen Pause der Vesuv bereits seit einigen Wochen stärkere Eruptionstätigkeit mit heftigen Explosionserscheinungen und Auswürfen glühender Gesteinsmassen erkennen lassen. Von Donnerstag bis Sonnabend wurden mehr als 200 Erdstöße von ziemlicher Stärke beobachtet. Die tellurischen Erscheinungen werden von dem Direktor des Observatoriums auf eine teilweise durch innere Verlagerungen erfolgte Verstopfung des Kraters zurückgeführt.

Erdstoß in Zentral-Anatolien

Angora, 8. Februar

In Angora und Umgebung wurde heute früh 9 Uhr 7 Minuten ein heftiger Erdstoß verspürt.

und auf Samoa

Wellington (Neuseeland), 8. Februar

Die Insel Samoa wurde am Mittwoch von einem Erdbeben heimgesucht, das etwa eine Minute dauerte. Die Häuser schwankten und wurden teilweise schwer beschädigt. Die Bevölkerung flüchtete ins Freie.

Grippe im Stechenhaus

Das städtische Gesundheitsamt bittet, bis auf weiteres von Besuchen bei den Pflüglingen des Claussenschen Stechenhauses abzusehen. Im Claussenschen Stechenhaus sind eine Reihe von Grippefällen aufgetreten. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Grippe durch Besucher eingeschleppt ist. Da viele der Pflüglinge wegen ihres körperlichen Zustandes durch die Grippe als besonders bedroht angesehen werden müssen, ist es dringendes Gebot für die Anstaltsleitung, alles zu tun, um nach Möglichkeit weitere Ansteckungen zu verhindern. Deshalb hat man sich entschlossen, die Anstalt für Besucher zu sperren.

Einsturz eines Deckengewölbes im Landgericht

In dem Teil, wo das alte und neue Landgerichtsgebäude verbunden werden, wird im Kellergeschoss eine Wohnung für den Heizer geschaffen. Die Decke, ein hohes Gewölbe, wies seit einigen Tagen emine Risse auf, die von zwei Mauern gegenwärtig geschlossen werden. Plötzlich sah ein zufällig anwesender Mann, wie sich von der Decke Mörtel und Mauerstücke löste. Er rief den Maurern noch zu: „Schnell hinaus, die Decke kommt herunter!“ als auch schon das Deckengewölbe knirschend zusammenbrach. Es wurde festgestellt, daß 30 cm des Deckengewölbes niedergebrosen sind. Die beiden Maurer sind nur durch Zufall vor ernstem Schaden bewahrt geblieben.

Von einem stürzenden Baum erschlagen

Am Mittwoch mittag wurde der 61 jährige Uhrmacher Georg Kurtze aus Breslau, als er dem Fallen einer abgestorbenen Fichte im Scheitinger Park zusah, von dem stürzenden Baum getroffen und auf der Stelle getötet. K. hatte den in weitem Umkreis um den zu fallenden Baum abgesperrten Platz betreten, so daß ein Verschulden anderer nicht vorliegt.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Rade u. Kraftfahrers-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Brocken-Tschausch. Die Einäscherung unseres verstorbenen Sportsossen Josef Lux findet am Freitag, den 10. 2., nachm. 15 Uhr in Gräbchen statt.

ORGANISATIONEN
NACHRICHTEN

Bezirk Mittelschlesien
Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21. III
Telephon 367 68

Referentenkursus heute, 20 Uhr im Helm Sonnenstraße. Red.: Gen. Eckstein.
Stadtteil Ost: Die Frauengemeinschaft findet am Freitag wegen der Generalsammlung der SA nicht statt. Jede Genossin und jeder Genosse, welche in Jugendwohlfahrtspflege tätig sind, werden gebeten, daran teilzunehmen.
Stadtteil SüdWest: Freitag, den 10. 2., Punktprobe versammlung bei Nickel, Opitzstr. Red.: Gen. Eckstein.
D. 47: Heute abend Distriktsversammlung bei Biehlitz, Pilsnitzer Straße. Red.: Gen. Sommer.
D. 48: Sonnabend Distriktsversammlung.

Unterbezirk Niederschlesien: Zur Wahl des Parteitag-delegierten wurden vorgeschlagen: Gen. Heiltschke (Grünberg), Gen. Zeit (Liegmitz). Mit einem Stimmenergebnis von 11:1 wurde Gen. Zeit gewählt.
Kartenvertriebsleute, Rote Raketen-Vorstellung: Abrechnung des Verkaufs der Karten Freitag und Sonnabend, 15.30 bis 17.00 Uhr, im Sekretariat. Die Karten müssen bis Sonnabend, 19.30 Uhr, in der Monistischen Gemeinde abgerechnet werden.
Sekretariat: Gartenstraße 21, III, Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10-12 Uhr und Donnerstag von 18-20 Uhr

SV: Alle Org.-Leiter sind Freitag vormittag im Büro. — Am Sonnabend sind wir bei den Roten Raketen — Am Sonntag bei dem Zeitungsverkauf mit der Partei und abends in unseren Gruppen abenden.
Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau (SAK). Achtung Musikanten! Alle sind Sonnabend, 17 Uhr, pünktlich im Helm, Sonnenstr., zum Übungsabende. Auch alle bisher noch fehlenden Falken müssen bestimmt erscheinen.
Achtung Jung und Rotfalken! Sonntag, den 12. 2., 14.30 Uhr, besuchen alle Jung- und Rotfalken die Veranstaltung der Roten Raketen. Eintritt 10 Pfg. Bringt alle eure Freunde und Geschwister mit. Helfer als Gruppenbegleiter ohne Karte Eintritt.
Monistische Jugend: Achtung! Alle Genossen von Heim 1, 2, 3 sind heut Grünstr. 14/16, Unterhaltungs- und Liederabend. Gäste willkommen.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.

STADTTHEATER
Donnerstag, 20-22.30
Friedemann Bach
Freitag, 19.30—gegen 21

LOBETHATER
Freitag, 20.15—22.15
Donna Diana
Lustspiel von Moreto

Carmen
Sonnabend, 19.30—gegen 23
Abonn.-Vorst. G 10

Die Wölfe
Drama von Romain Rolland

Die Jagd geht weiter

Was wird die Besatzung des niederländischen „Potemkin“ tun? — Die revolutionäre Welle in Westindien wächst — Hollands Bourgeoisie beunruhigt

Ueber den Weg, den die Jagd nach dem niederländischen „Potemkin“ nimmt, liegen eine Anzahl von Meldungen vor:

1. Der Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ bewegt sich weiterhin in langsamer Fahrt — sechs bis sieben Knoten — in südlicher Richtung, und zwar längs der Insel Eberoot in Richtung auf die Stadt Benneolen.

2. Der Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ setzt seine Fahrt südwärts in Richtung auf die Insel Engano fort.

Bei der Bevölkerung und namentlich in tropischen Kreisen hat es Beunruhigung hervorgerufen, daß es heute bereits der vierte Tag ist, an dem die Aufständischen unbehindert längs der Westküste Insel Sumatra kreuzen. Es sind sogar Erfürchtungen laut geworden, daß die Meuterer aus Notwehr Ankerplätze beschließen könnten. Auf diese Besorgnis ist vermutlich auch zurückzuführen, daß in West-Java in der Umgebung der Stadt Serang Abteilungen des indischen Heeres konzentriert werden.

3. Einem Telegramm aus Niederländisch-Indien zufolge befand sich der Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ heute abend auf der Höhe von Benkulen. Sein Kurs geht in Richtung der Sundastraße.

Torpedierung?

Die holländische Marineleitung ist, wie es heißt, entschlossen, das Schiff der Aufständischen torpedieren zu lassen. Man will das Schiff aufordern, sobald man es erreicht hat, sich innerhalb von zehn Minuten zu ergeben, und es nach Ablauf der Frist, falls der Aufforderung nicht gefolgt wird, durch Torpedoschiffe ins Meer zu versenken. Fraglich ist bei nur, ob die Kommandeure der Aufständischen ihre Mannschaften noch so in der Hand haben, daß sie dem Befehl zum Schießen des Schiffes der Aufständischen nachkommen.

Alle Berichte über die Aufstandsbewegung in der holländisch-indischen Flotte sind vom Generalgouverneur verboten worden.

Ueber die voraussichtlichen Verteidigungsmaßnahmen, die die Aufständischen zu ergreifen beabsichtigen, liegen keinerlei Nachrichten vor.

Eines steht aber fest, daß die revolutionäre Welle in Westindien im Wachsen begriffen ist.

Unruhen in Guayana

Paramaribo, 8. Februar

In verschiedenen Teilen der Stadt ereigneten sich gestern schwere Zusammenstöße zwischen der Polizei und einer großen hauptsächlich aus Farbigen bestehenden Menschenmenge, die die Freilassung eines von der Polizei in Haft genommenen kommunistischen Agitators verlangte. Die Polizei sah sich gezwungen, auf die Menge zu schießen.

Zwei Personen wurden getötet und einige mehr oder weniger schwer verletzt. Unter den Getöteten und Verletzten befindet sich kein Europäer.

Aufstand auch auf dem Panzerkreuzer „Java“

Amsterdam, 8. Februar

Einer Meldung des „Maasbode“ aus dem niederländisch-indischen Flotten-Stützpunkt Surabaja ist zu entnehmen, daß man auf dem Kreuzer „Java“ bei Bekanntwerden der Meuterei auf dem Panzerschiff „Die sieben Provinzen“ eine Reaktion der eingeborenen Maaten und Matrosen befürchtete, da beinahe die Hälfte der 514 Köpfe zählenden Besatzung aus Eingeborenen besteht. Die Offiziere trieben deshalb, unterstützt von europäischen Unteroffizieren und Matrosen, das aus Eingeborenen bestehende Schiffspersonal in bestimmte Räume, die unter strenge Bewachung gestellt wurden. Daraufhin wurde der Kreuzer von dem europäischen Teil der Besatzung nach Surabaja gebracht, von wo es, wie gemeldet, später wieder in Richtung Sundastraße abging.

Was ist mit der farbigen Besatzung geschehen? Hat man sie in Surabaja in den Kerker geworfen? Es wird schwer halten, Näheres jetzt zu erfahren, da ja sämtliche Berichte über die Aufstandsbewegung vom Generalgouverneur verboten wurden.

Die Peitsche

Das Bürgertum greift auch sonst zu Repressiv- und Terrormaßnahmen. So hat der Minister für Landesverteidigung alle Blätter sozialistischer Richtung in die Liste der Schriften aufzunehmen lassen, die Militärpersonen der See- und Landmacht nicht in ihrem Besitz haben dürfen und die in den Kasernen, Marinestationen und auf dem den Militärbehörden unterstehenden Gelände nicht verbreitet werden dürfen.

Das Zuckerbrot

Solderhöhung für Kolonialsoldaten Bandoeng (Java), 7. Februar.

Der Oberbefehlshaber der Kolonialarmee hat mitgeteilt, es habe sich nach den im Januar beschlossenen Besoldungskürzungen herausgestellt, daß die Bezüge für die außerhalb der Kasernen wohnenden Militärpersonen zu niedrig angesetzt seien. Diese Bezüge sollen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar wieder heraufgesetzt werden.

Ein „Trotz alledem!“ der SPD-Parteidemokratie

Plakate und Handzettel der „Eisernen Front“ verkünden: „Trotz alledem! E. Heilmann spricht!“

Ein Beweis, daß man im Lager der Reformisten nichts zugerlert hat, wenn man einen politisch und gesinnungsmäßig so schwer belasteten (um nicht härtere Worte zu gebrauchen) Menschen zu der Arbeiterschaft sprechen läßt.

Die Parteibürokratie brüskiert damit den Willen der Massen in der SPD.

Die Parteibürokratie der SPD setzt sich über den Willen ihrer Mitglieder, die — wie wir bereits gestern berichteten — Ernst Heilmann das schärfste Mißtrauen ausgesprochen hat.

So bekommt das „Trotz alledem!“ der Plakate und Handzettel einen doppelten Sinn: Ihr Mitglieder könnt machen, was ihr wollt, ihr könnt Mißtrauensanträge gegen Heilmann einbringen und annehmen, wie viel ihr wollt — wir lassen ihn „trotz alledem“ sprechen.